

## **CH\_VB 20020680 vom 5. Dezember 1991**

Bundesverwaltung, 1991-12-05, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch\\_vb\\_\\_td\\_class\\_\\_metadataCell\\_\\_20020680\\_\\_td\\_](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb__td_class__metadataCell__20020680__td_)

FR: CH\_VB 20020680 du 5 décembre 1991

IT: CH\_VB 20020680 del 5 dicembre 1991

### **Erwägungen**

#### **E. 5**

décembre 1991 Damit wir uns Polemiken darüber ersparen können, was das wirklich ist, will ich Ihnen sagen, was der Bundesrat gemäss Budgetbotschaft eigentlich mit diesen 100 Millionen Franken im Sinn hatte. Er hatte im Sinn, 30 Millionen für den Rückkauf kommerzieller Forderungen auszugeben; er hatte im Sinn, für 30 Millionen Exportrisikogarantie-Forderungen zu übernehmen; er hatte im Sinn, für 20 Millionen Franken Rückstände gegenüber internationalen Finanzinstituten zu übernehmen, und er hatte im Sinn, als komplementäre Massnahmen 20 Millionen vor allem für Neugeldmassnahmen in den Ländern selber einzusetzen. Diese Positionen könnte man von verschiedenen Seiten her kritisieren: Man könnte sie von links kritisieren und sagen, Exportrisikogelder kämen bloss den Inländern zugute; man könnte sie von rechts kritisieren und sagen, Exportrisikogarantie sei für nichts; die Wirtschaft solle sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen. Die Debatte damals hat klar ergeben: Wer sich der Forderung verschreibt, die Entschuldung der Entwicklungsländer, vor allem der ärmeren Entwicklungsländer, sei ein taugliches Instrument, muss auch tatsächlich bei der Schuldentilgung mitwirken, also dort, wo die Schulden angefallen sind. Es ist wenig hilfreich, die ganze Debatte zu wiederholen, die wir vor einem Jahr führten. Ich gebe Ihnen nur zu bedenken, dass man sich nicht in der Euphorie des 700-Jahr-Jubiläums für unsere Verhältnisse relativ grosszügig zeigen kann, um knapp ein halbes Jahr später - weil man Finanzprobleme hat - diese Kredite wieder zu kürzen und darüber ungefähr alles zu vergessen, was man damals erzählt hat. Die Kürzung von 100 auf 75 Millionen Franken bei den Entschuldungsmassnahmen wäre der klare Bruch eines Versprechens, den wir, jubelnde Eidgenossen, 1991 der Welt und den Ärmeren dieser Welt gegenüber gemacht haben. Ich bitte Sie eindringlich und mit Nachdruck, dieses Versprechen vom Mai 1991 zu halten und nicht zu brechen. Der andere Minderheitsantrag wird auf der Fahne zuerst angeführt; bei den Finanzhilfeschenkungen war der Bundesrat an sich bereit, 2 Millionen Franken zurückzunehmen. Ich habe keinen Grund, den Bundesrat übertreffen zu wollen. Unsere Kommissionsmehrheit ist hingegangen und hat auch hier weitere 18 Millionen weggenommen. Ich will Ihnen darstellen, wie der Bundesrat seinen Budgetposten von 180 Millionen aufteilen wollte: für Zahlungsbilanzhilfe 50 Millionen; für Mischkreditbeschenkungen 50 Millionen; für Entschuldungsaktionen 35 Millionen; für Rohstoffhilfe 30 Millionen; Importförderung

#### **E. 8**

Millionen; Industrialisierungshilfe 4 Millionen Franken. Das hatte der Bundesrat im Sinn, und ich finde, diese Ziele sind nach wie vor unterstützungswürdig. Auch hier bindet uns dieses generelle Versprechen. Die Schweiz liegt in der Welt; die Schweiz als relativ reiches Land in dieser zum Teil sehr armen Welt hat Verpflichtungen. Ich rufe Ihnen in

Erinnerung, wie es bei diesen Diskussionen um Hilfe an die sich in Entwicklung befindenden Länder zugegangen ist: Man war geneigt, entweder den armen Völkern und ihren Bewohnerinnen und Bewohnern zu helfen oder sie praktisch auf die Wanderschaft zu zwingen, auf dass sie versuchen, ihrer Armut zu entfliehen und sich zu den Töpfen der Reichen zu begeben. Ich will nicht die Behauptung aufstellen, wenn Sie der Minderheit zustimmen, hätten wir die Armutswanderungen auf der Welt eingeschränkt. Wenn Sie aber der Minderheit zustimmen, setzen Sie damit wenigstens ein Zeichen, dass Sie die Stossrichtung im Prinzip als richtig erachten, wonach man den Armen in der Welt ganz massiv helfen muss, wenn man nicht aktive Beihilfe dazu leisten will, dass sie aus ihren Armutsgebieten weggetrieben werden, angelockt durch den Glanz und den Glimmer unserer sogenannten entwickelten Welt. Ich bitte Sie, sich heute daran zu erinnern, was wir Anfang 1991 alles versprochen haben, und ich bitte Sie, diesen bei den Minderheitsanträgen (zu den Finanzhilfeschenkungen und den Entschuldungsmassnahmen) zuzustimmen. Wenn wir etwas mehr ausgeben, als die Kommissionsmehrheit will, sind das mittel- und langfristig gesehen Investitionen in eine bessere Zukunft; das könnte sich volkswirtschaftlich sogar kostensenkend auswirken.

Jaeger, Berichterstatter: Weil ich bei meinen Ausführungen zu den Kürzungsanträgen EMD etwas lange und ausführlich war, möchte ich mich - obwohl es um einen zentralen Bereich geht - kurz fassen. Ich erachte es als wichtig, über unsere Kommissionsarbeit zu informieren: Herr Leuenberger und ich haben in der Kommission erkannt, dass wir Versprechungen abgegeben haben, dass wir Verpflichtungen über diese Versprechungen eingegangen sind, dass wir Beschlüsse gefasst haben. Es geht um den 700-Millionen-Rahmenkredit, der vor einem Jahr beschlossen worden ist. Es ist richtig, dass solche Versprechungen eingehalten werden müssen. Es muss auch Herrn Leuenberger gegenüber klar betont werden: Es soll hier nichts gekürzt werden. Diese Versprechungen werden zu hundert Prozent eingehalten. Es ist wichtig, dass Sie das wissen. Angesichts der sehr prekären finanziellen Situation soll aber versucht werden, diese Rahmenkredite zeitlich etwas zu erstrecken. Wir haben mit den zuständigen Vertretern des Departementes genau abgeklärt, ob das möglich sei oder ob dadurch Verpflichtungen verletzt und Projekte gefährdet würden. Es wurde uns gesagt, dass sowohl bei den Finanzhilfeschenkungen wie bei den Entschuldungsmassnahmen eine solche Gefährdung von Projekten nicht bestehe, dass es zu keiner Verletzung von Verpflichtungen komme und dass sich diese Kürzungen «leicht realisieren lassen» - das waren die Worte der Vertreter des Departementes; die Kürzungen seien durchaus realistisch und an unseren entwicklungspolitischen Absichten und Anstrengungen würde sich nichts ändern. Ich weise aufzählen hin: Bei den Finanzhilfeschenkungen werden wir noch von 143 auf 160 Millionen Franken erhöhen, also um mehr als 10 Prozent. Die Kürzung um 20 Millionen Franken ist entwicklungspolitisch gesehen immer noch akzeptabel. Beim Rahmenkredit für Entschuldungsmassnahmen geht es um eine Kürzung von 100 auf 75 Millionen Franken. Statt 100 Millionen sollen nächstes Jahr 75 Millionen Franken gewährt werden; auch hier eine Erstreckung. Sie müssen beachten, dass diese 100 Millionen Franken neu im Budget eingestellt sind; das ist ein neuer Ausgabenposten. Angesichts der prekären Situation wollte man das zeitlich erstrecken. Ich bitte Sie, den Minderheitsanträgen nicht zuzustimmen, sondern den Kürzungsanträgen der Kommissionsmehrheit zu folgen. Ich bitte Sie eindringlich, auch hieran Ihren finanzpolitischen Grundsätzen festzuhalten.

Hafner Rudolf: Die grüne Fraktion wird bei den Positionen Finanzhilfeschenkungen und Entschuldungsmassnahmen zugunsten der ärmsten Länder für die Kommissionsminderheit stimmen. Die Finanzhilfeschenkungen sind

ein wichtiger Pfeiler in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Es wurde von Herrn Leuenberger ausführlich dargestellt, was alles darin enthalten ist. Das war eindrücklich genug. Auf Seite 248 des Budgets steht, dass bereits Verpflichtungskredite von total 1,92 Milliarden Franken bewilligt wurden. Es ginge hier also höchstens um eine zeitliche Erstreckung. Es erscheint aber nicht sinnvoll, diesen Betrag zurückzunehmen. Die Finanzkommission erhielt ein Schreiben des Bundesrates, worin klar gesagt wurde, dass nur eine Rücknahme von 2 Millionen Franken sinnvoll wäre. Dem könnten wir zustimmen, aber nicht weiter. Der Vorschlag der Kommissionsmehrheit beinhaltet das Zehnfache dessen, was der Bundesrat in bezug auf die Kürzung als vertretbar erachtet hat. Noch viel bedeutungsvoller sowohl aus politischer wie aus sachlicher Sicht ist aber die Position «Entschuldungsmassnahmen zugunsten ärmerer Entwicklungsländer». Wie Sie sich sicher erinnern, handelt es sich hier um etwas, das wir im Rahmen unserer Jubiläumsfeiern beschlossen haben. Es wäre äusserst fragwürdig, wenn diese Versprechen jetzt nicht eingehalten würden. Ich zitiere Bundesrat Delamuraz - also sicher jemand, der mit der Wirtschaft verbunden ist und nicht durch besondere Entwicklungshilfemassnahmen gegläntzt hat -, der am 6. März 1991 sagte: «En outre, ce message est l'expression de la solidarité de la Suisse envers les pays défavorisés de la planète et c'est extrêmement heureux que l'occasion du 700e anniver-

5. Dezember 1991 N 2259 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1992 saire de la Confédération soit choisie à ce propos.» Das ist ein klares Wort des Bundesrates. Ich verstehe, Herr Kommissionspräsident, dass Sie im Namen der Kommissionsmehrheit sprechen, wenn Sie sagen, die Verpflichtungen würden später ohnehin einmal wahrgenommen. Aber sehen Sie, wir haben 1991 das Jubiläum der Schweiz gefeiert Und man hat bereits im Vorfeld dieser Kredite gesagt, man erstrecke die Kredite. Wenn man das aber noch einmal kürzt und noch weiter in die Zukunft erstreckt, dann ist die Glaubwürdigkeit des Geschenkes der Eidgenossenschaft wirklich in Frage gestellt Ich bitte Sie eindringlich, dem guten Ruf der Schweiz zuliebe, die Fristen nicht noch weiter zu erstrecken. Wir wären kaum noch glaubwürdig. Es wäre eine schäbige Haltung der Schweiz als reichstes Land dieser Erde im Sinne des Bruttosozialproduktes, wenn man es noch weiter hinauszögern würde. Man muss die Verpflichtung, die man der Öffentlichkeit gegenüber eingegangen ist, auch einhalten. M. Darbellay, rapporteur: Le premier poste intitulé «Dons d'aide financière» concerne des mesures économiques et commerciales, comme par exemple les crédits mixtes et l'aide à la balance des paiements. Le Conseil fédéral prévoyait un budget de 180 millions; il a été d'accord de le réduire à 178 millions, et la commission est descendue ensuite à 160 millions. Il y a bien entendu quelque chose de désagréable, lorsque nous essayons de faire des économies, à diminuer l'aide aux pays en voie de développement La commission est pourtant allée dans cette direction, considérant que le fait de porter à 160 millions ce poste, qui n'était l'année dernière que de 144 millions, représentait encore une augmentation de 10 pour cent. En ce qui concerne le poste suivant «Mesures de désendettement», c'est là une conséquence du crédit de 400 millions que nous avons voté le 3 mars pour le désendettement des pays les plus pauvres. Ce que vient de dire M. Hafner Rudolf est exact, en ce sens que nous pensions épuiser ce crédit en quatre ans, en affectant chaque année 100 millions à cet effet Or, la commission a décidé de ramener ce montant de 100 à 75 millions. Les calculs démontrent rapidement que le crédit durera six ans au lieu de quatre. Il y a là aussi quelque chose de désagréable à proclamer bien haut notre aide aux pays en voie de développement et au désendettement pendant que nous fêtons notre jubilé et à diminuer ensuite notre générosité. Nous devons cependant tenir

compte des exigences d'équilibre qui se sont manifestées ici. Par conséquent, au nom de la commission, je vous invite à voter les deux crédits tels que proposés par la commission.

Bundesrat Stich: Auch ich bitte Sie um Zustimmung zum Antrag der

Kommissionsmehrheit Bei den Finanzhilfeschenkungen zugunsten der ärmsten Länder ist darauf hinzuweisen, dass hier nicht so stark erhöht werden soll wie vorgesehen. Es ist also keine Reduktion der bisherigen Hilfeleistung, sondern die Hilfeleistung steigt nicht so stark an, wie es der Bundesrat ursprünglich vorgesehen hatte. Beim zweiten Punkt (Entschuldungsmassnahmen) ist es genau gleich: Die Schenkung an die ärmsten Länder wird etwas hinausgezögert Das muss und soll auch nicht negativ sein; es hat nämlich zweifellos zur Folge, dass man bei etwas mehr Zeit auch diese Schenkungen sorgfältiger prüft, als wenn man zuviel Geld zur Verfügung hat, das man sehr rasch ausgeben will, um den Budgetbetrag auszunützen. Ich bitte Sie, daran zu denken, dass es nicht um die Aenderung der Entwicklungshilfe geht, sondern darum, dass auch dieser Bereich weniger rasch und weniger stark wachsen soll als ursprünglich vorgesehen. Pos. 703.3190.002

Angenommen - Adopté Pos. 703.3600.301 Abstimmung - Vote Für den Antrag der

Mehrheit Für den Antrag der Minderheit 74 Stimmen 59 Stimmen Pos. 703.3600.310

Abstimmung - Vote Für den Antrag der Mehrheit 68 Stimmen Für den Antrag der

Minderheit 59 Stimmen Pos. 703.4200.270 Angenommen-Adopté 705 Bundesamt für

Industrie, Gewerbe und Arbeit Antrag der Kommission 3600.107 Nationales Informations-

und Reservationssystem «Swissline» Fr. 0 4600.301 Investitionshilfefür Berggebiete

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Antrag Hari 3600.107 Nationales Informations-

und Reservationssystem «Swissline» Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Antrag

Theubet 4600.301 Investitionshilfefür Berggebiete Zustimmung zum Beschluss des

Ständerates Antrag Columberg 4600.301 Investitionshilfefür Berggebiete Zustimmung zum

Beschluss des Ständerates 705 Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail

Proposition de la commission 3600.107 Système national d'information et de réservation

«Swissline» fr. 0 4600.301 Aide à l'investissement dans les régions de montagne Adhérer

au projet du Conseil fédéral Proposition Hari 3600.107 Système national d'information et de

réservation «Swissline» Adhérer à la décision du Conseil des Etats Proposition Theubet

4600.301 Aide à l'investissement dans les régions de montagne Adhérer à la décision du

Conseil des Etats Proposition Columberg 4600.301 Aide à l'investissement dans les régions

de montagne Adhérer à la décision du Conseil des Etats Pos. 705.3600.107 Hari: Das

Projekt «Swissline» will ein nationales Informations- und Reservationssystem für den

Schweizer Tourismus realisieren. Den Kur- und Verkehrsvereinen wird ein Zentralrechner für

Informationen und Buchungen zur Verfügung gestellt Mit dem Entstehen einer

nationalen Tourismusinformations-Datenbank wird die Wirksamkeit der Tätigkeit der

Schweizerischen Verkehrszentrale wesentlich erhöht, und gleichzeitig wird eine

rationellere Zusammenarbeit mit der Swissair und den Schweizerischen Bundesbahnen

ermöglicht Der Sitz dieses national breit abgestützten Unternehmens ist in Thun, und das

bringt dieser wirtschaftlich ohnehin arg gebeutelten Region zwölf interessante neue

Arbeitsplätze. Dazu eine weitere wichtige Bemerkung: Immerhin ein Drittel unseres

Volkseinkommens stammt aus dem Tourismus. Der Zusammenschluss aller nationalen

Tourismusorganisationen und der PTT in diesem Projekt ist europaweit einmalig, ja, fast

möchte ich sagen, einen solchen Zusammenschluss hat die Welt noch nie gesehen. Der

Schweizer Tourismus geht damit

Budget de la Confédération 1992 2260 N 5 décembre 1991 in die Offensive und verbessert so seine Wettbewerbsfähigkeit ganz gewaltig. Die von Bundesrat und Ständerat

vorgeschlagenen 3,5 Millionen Franken sind eine einmalige Starthilfe für diese vorwiegend kleingewerblich strukturierte Branche. Ich empfehle Ihnen Zustimmung zu den Anträgen von Bundesrat und Ständerat Columberg: Seit drei Jahren setzen sich die Exponenten des Schweizer Tourismus und verschiedene Regionen für die Realisierung eines elektronischen Informations- und Reservierungssystems im Tourismus ein. Herr Hari hat diese Idee klar und deutlich dargestellt. Die Initialzündung für «Swissline» geht auf das von den PTT lancierte Projekt «Kommunikationsmodellgemeinden der Schweiz» zurück. Es handelt sich sozusagen um eine Perle dieses grossen Vorhabens. Es handelt sich um die innovativste Idee, die nun auch eine nationale Dimension erlangt. Die parlamentarische Gruppe für Tourismus und Verkehr, aber auch die verschiedenen touristischen Organisationen unseres Landes setzen sich für das Projekt ein und haben den Bundesrat mehrfach ersucht, das Projekt mit dem sehr bescheidenen Betrag von 3,5 Millionen Franken zu unterstützen. Ohne diese Hilfe stirbt dieses Projekt. Ferner haben sowohl Ständerat wie auch Nationalrat im Juni bzw. im September einstimmig den Bundesrat aufgefordert, «Swissline» zu unterstützen. Jetzt können wir, wenn das Parlament nicht jede Glaubwürdigkeit verlieren will, doch keine Kehrtwendung vornehmen! «Swissline» ist eine Hilfe zur Selbsthilfe. Mit einem äusserst bescheidenen Bundesbeitrag können wir ein interessantes Projekt mit Zukunft verwirklichen. Es ist ein Gemeinschaftswerk, eine partnerschaftliche Lösung. Der Nationalrat darf jetzt nicht ausscheren. Ich bitte Sie deshalb, dem Bundesrat und dem Ständerat zuzustimmen.

Blocher: Es mag unbestritten sein, dass dieses «Swissline»-Projekt ein gutes Projekt ist. Man kann es heute noch nicht sagen; es ist ja erst am Anlaufen. Aber dieses Projekt kommt der Hôtellerie, der Swissair, den SBB usw. zugute, und das ist ein Projekt, das privatwirtschaftlich finanziert sein muss. Für dieses Projekt gibt es auch keine gesetzliche Grundlage. Die Mehrheit unserer Fraktion stimmt darum dem Antrag der Kommission zu, die diesen Betrag zu streichen hat. Es dürfen keine Beiträge an die Privatwirtschaft auf nichtgesetzlicher Grundlage ausgesprochen werden. Es wäre auch insofern bedenklich, als dieses Verantwortungsgemisch von Staat und Wirtschaft für Bereiche, die der privaten Wirtschaft unterliegen, nicht gemacht werden sollte.

Jaeger, Berichterstatter: Es ist auch hier wieder schwer, Herr Columberg. Ich habe in der Tourismusbranche gute Freunde. Diese haben mir die grössten Vorwürfe gemacht, dass ich diese phantastische Idee nicht unterstütze. Sie können überhaupt nicht begreifen, weshalb ich da nicht mitziehe. Ich bin aber nur Präsident der Kommission. Ich gebe jedoch zu: Es ist ein hervorragendes Projekt; es ist wirklich eine Innovation. Ich finde es wichtig. Gerade deshalb, Herr Hari und Herr Columberg, bin ich der Auffassung: Wenn etwas so gut und so innovativ ist, sollten Sie und ich als Marktwirtschaftler doch nicht nach dem Staat rufen und Subventionen verlangen. Wenn es so gut ist, ist das gar nicht nötig. Das hat schon etwas für sich. Solche partnerschaftliche Lösungen zu suchen hat dort einen Sinn, wo es um gemeinnützige Aufgaben geht. Aber hier geht es um eine ökonomische Aufgabe. Das ist eine Struktursubvention. Ich glaube, gerade weil diese Idee so gut ist, wird sie sich durch die Benutzer auch selber finanzieren lassen. Zudem gibt es keine gesetzlichen Grundlagen. Wir sind deshalb in der Kommission mit 16 zu 1 Stimmen zur Auffassung gelangt, keine solche kleinen Sündenfälle zu begehen, obwohl ich nach wie vorsage: Was Sie vorschlagen, ist alles gut! Aber bitte, finanzieren Sie es selber. Sie werden Erfolg haben. Das ist eine gute Idee, und gute Ideen werden sich am Markt immer durchsetzen.

M. Darbellay, rapporteur: Le projet national d'un système d'information et de réservation concerne avant tout l'hôtellerie, les PTT, les CFF et le tourisme puisqu'il s'agit d'informer sur les chambres et les logements libres, sur les moyens de transport à disposition. Ces

organisations participent au financement et demandent l'aide de la Confédération. Le Conseil fédéral, sans base légale, proposait une aide unique de 3,5 millions de francs pour la première année 1992. La Commission des finances a estimé que ce système devait être financé par ceux qui avaient intérêt à son introduction et qu'il n'était pas opportun d'apporter l'aide de 3,5 millions de francs. On peut le regretter car, effectivement, le tourisme est une branche importante de notre économie, spécialement pour les cantons alpins. Mais, au nom de la commission, je dois également insister sur la rigueur du budget qui prime sur le reste. Nous avons donc décidé de vous proposer de ne pas accorder ce crédit.

Bundesrat Stich: Ich bitte Sie, der Kommission zuzustimmen. Die Hilfe an dieses System hat einige Diskussionen ausgelöst Ursprünglich wurde verlangt, dass sich der Bund während Jahren an diesem System beteiligen sollte. Das haben wir abgelehnt, weil keine rechtliche Grundlage dafür vorhanden ist. Eine einmalige Hilfeleistung kann der Bund natürlich bewilligen; dafür ist er durchaus kompetent. Aber im Ganzen wäre es wenig sinnvoll, eine Branche neu zu unterstützen. Wenn es eine Rationalisierungs- oder eine Verkaufsförderungsmaßnahme ist- und das soll es sein -, sollte die Branche selber in der Lage sein, selbständig das Notwendige zu tun, und nicht Staatskrücken in Anspruch nehmen.

Abstimmung - Vote Für den Antrag der Kommission Für den Antrag Hari Pos. 705.4600.301 55 Stimmen 33 Stimmen M. Theubet: Parmi les réductions d'une certaine importance prévues au budget figure celle touchant l'aide aux investissements pour les régions de montagne. Cette diminution de 44 millions de francs par rapport au budget 1991 interviendrait dans une période économiquement difficile et influencerait de manière négative les disparités régionales qui s'aggravent de plus en plus dans notre pays. D'autre part, une telle décision est en contradiction avec les objectifs déclarés du Parlement et du Conseil fédéral de réduire les déséquilibres entre les régions. Au cours de ces dernières années, les demandes d'aide aux investissements pour les régions de montagne ainsi que le montant prévu par projet ont fortement augmenté Le nombre des cas pendants pour les années 1991 et précédentes représente environ 300 millions de francs. Selon les calculs de la Centrale pour le développement économique régional (CEDER), on estime le besoin annuel à 160 millions de francs. Ce montant comprend 42 millions provenant de remboursements de prêts. Le solde, soit 118 millions, devrait être constitué de nouveaux moyens financiers mis à disposition. Faute de moyens supplémentaires, les dossiers en suspens ne feront que s'accumuler au cours des prochaines années. Cette coupe sombre n'est pas réaliste. Elle est même en opposition avec la décision prise récemment par notre conseil. Comme vous le savez, la UM intervient pour des compléments de financement pour des projets importants dans le domaine des infrastructures. Une diminution de cette aide aurait des effets multiplicateurs négatifs, les investissements prévus ne pouvant être effectués. De nombreux projets seront concernés par une telle décision. Concrètement, cela provoquerait le report, voire l'annulation de plusieurs mandats, d'où la suppression probable d'emplois dans les régions touchées. Aux nombreuses communes, institutions et particuliers bénéficiant de promesses de prêts et se trouvant déjà dans une situation financière critique s'en ajouteraient d'autres. Ainsi, dans mon canton qui n'est qu'un exemple parmi d'autres, 57 dossiers sont en attente d'une décision de la CEDER, totalisant plus de 28 millions de crédits LIM fédéraux. Quarante de ces 57 dossiers concernent des projets terminés ou inaugurés

5. Dezember 1991 N 2261 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1992 depuis plus d'un an. Parmi les principaux cas en suspens, on trouve trois homes pour personnes âgées, deux ateliers pour handicapés, la rénovation d'un hôpital, l'amélioration d'un réseau d'eau,

l'alimentation en gaz naturel et la construction de bâtiments scolaires. Pourtant, lors de la session d'automne, notre Parlement a donné son aval pour le versement de 800 millions supplémentaires au fonds d'aide en matière d'investissements, et ceci jusqu'en l'an 2000. Cette décision a fait naître de grands espoirs dans les cantons qui pensaient que les retards dans l'application de la LIM allaient être comblés assez rapidement. Or, selon la proposition du Conseil fédéral, force est de constater que la situation ne s'améliorera pas en 1992, ni en 1993. Si nous pouvons admettre en principe les efforts d'économie auxquels se livre la Confédération, en revanche, nous estimons que des réductions non modulées ne sont pas acceptables, surtout lorsqu'elles touchent les régions marginalisées, c'est-à-dire les cantons à faible capacité financière. C'est pourquoi nous vous demandons de soutenir la proposition du Conseil des Etats, soit de porter le montant de l'aide aux investissements pour les régions de montagne à 80 millions de francs.

Columberg: Trotz der miserablen Aussichten, die man hier hat, wenn man sich für Rand- und Bergregionen einsetzt, die schlimmen Zeiten entgegengehen, wage ich es doch noch einmal, einen Antrag zu stellen. Ich bitte Sie dringend, bei der Investitionshilfe für das Berggebiet dem Ständerat zuzustimmen und 80 Millionen zu bewilligen. Letztes Jahr haben Sie 105 Millionen beschlossen. Unser Antrag nimmt somit Rücksicht auf die Sparbemühungen. Laut Berechnungen der Zentralstelle für regionale Wirtschaftsförderung wären 118 Millionen erforderlich, um den Verpflichtungen nachzukommen. Der Antrag liegt demnach um 38 Millionen oder um ein Drittel unter dem Notwendigen. Er liegt um 25 Millionen unter dem bisherigen Betrag. Den Regionen stehen demnach nächstes Jahr - auch mit meinem Antrag - 25 Prozent weniger Mittel für Investitionen zur Verfügung. Der Pendenzenberg wird weiter steigen. Gegenwärtig sind nämlich Gesuche in der Grössenordnung von 300 Millionen Franken hängig. Auch mit einer jährlichen Quote von 80 Millionen wird es viele Jahre dauern, bis diese wichtigen Vorhaben realisiert werden können. Dabei bitte ich Sie, zu beachten, dass es sich nicht um Subventionen handelt, sondern um Darlehen, die zurückbezahlt werden müssen. Wenn Sie dem Antrag der Kommission zustimmen und lediglich 56 Millionen bewilligen, bedeutet das eine Reduktion von 40 Prozent. Es wird dann unweigerlich zu einem Zusammenbruch der Regionalpolitik kommen, denn die IHG-Kredite sind das wichtigste Instrument der Regionalpolitik. Ferner bitte ich Sie, folgendes zu beachten: IHG-Kredite sind für die Restfinanzierung von Infrastrukturvorhaben bestimmt, eine Hilfe zur Selbsthilfe. Wenn diese nicht gewährt wird, können bedeutende Vorhaben für die infrastrukturelle Ausstattung der Rand- und Bergregionen nicht durchgeführt werden. Diese Reduktion wird nicht nur die regionalen Unterschiede erhöhen, sondern auch einen wirtschaftlichen Einbruch bewirken. Zahlreiche Regionen rechnen für das nächste Jahr mit einem erheblichen Rückgang der Bautätigkeit. Mit einer massiven Kürzung der IHG-Kredite werden Sie diesen Beschäftigungseinbruch noch wesentlich verstärken. Das ist keine verantwortbare Politik. Ich bitte Sie eindringlich: Stimmen Sie dem vernünftigen Kompromissvorschlag des Ständerates zu und bewilligen Sie 80 Millionen Franken - 25 Millionen weniger als letztes Jahr.

Jaeger, Berichterstatter: Jetzt nähern wir uns allmählich jener Pièce de résistance, wo es tatsächlich um die Bewährungsprobe geht. Herr Columberg hat Ihnen in dramatischen Worten vorgeführt, wie die Regionalpolitik in der Schweiz in Frage gestellt würde, wenn Sie hier der eklatanten Erhöhung, die der Ständerat vorschlägt, nicht folgen würden. Ich möchte Ihnen da erklären, dass die Regionalpolitik der Schweiz durch diese Kürzung nicht in Frage gestellt wird. Das stimmt nicht! Es wird nur versucht, in einer sehr schwierigen finanzpolitischen Situation die Fonds-Einlagen etwas zu reduzieren. Denken Sie daran, dass

wir bereits im Budget 1991 56 Millionen in den Fonds eingelegt haben und dass Ende dieses Jahres dieser Fonds 800 Millionen Franken umfassen wird. Es ist doch absolut vertretbar, wenn der Bundesrat jetzt sagt, dass wir unter diesen schwierigen Umständen bei den 56 Millionen bleiben sollen. Es geht hier um 24 Millionen. Wenn Sie leichthin 24 Millionen aufstocken, fehlen uns diese nachher. Es werden noch andere Aufstockungsrisiken auf uns zukommen. Ich bitte Sie: Verlassen Sie diesen finanzpolitischen Pfad der Tugend nicht. Wenn Sie das tun, brechen Sie jetzt einzelne Säulen heraus. Man hat bei der Entwicklungshilfe gespart, man hat bei den Militärausgaben gespart, man hat bei der Forschung gespart. Wir müssen das Wachstum überall etwas dämpfen. Es geht ja nur darum, nicht mehr und noch mehr zu bewilligen, sondern von diesem Noch-mehr etwas zurückzubuchstabieren. Herr Columberg, Ihren dramatischen Worten möchte ich meine dramatischen Worte entgegensetzen: Es geht hier um das finanzpolitische Ueberleben. Wir müssen jetzt bei der Landwirtschaft und bei den Strassen auch durchhalten, hier geht es wirklich um die Wurst. Ich bitte Sie: Geben Sie jetzt nicht nach, bleiben Sie auf dem guten Weg, den Sie jetzt eingeschlagen haben. Es haben schon viele Opfer bringen müssen. Bringen Sie auch noch diese Opfer bei den nächsten Bereichen, damit wir nicht in eine Katastrophe geraten. M. Darbellay, rapporteur: L'aide aux investissements pour les régions de montagne joue un rôle important dans notre politique régionale et elle a été beaucoup plus sollicitée qu'on ne l'imaginait puisque le crédit voté en 1984 de 800 millions de francs était censé durer jusqu'à la fin de 1994. Or, il est aujourd'hui pratiquement épuisé. C'est pourquoi, l'année dernière, le Conseil fédéral nous a transmis un message proposant d'augmenter ce crédit de 670 millions de francs. Les Chambres sont allées plus loin, au vu des besoins existants, et ont mis à disposition 800 millions de francs. Le projet de budget nous propose d'épuiser l'ancien crédit de 800 millions de francs par un montant de 16 millions et de prendre 40 millions sur le nouveau crédit; c'était basé sur les 670 millions. Donc, il n'a pas été tenu compte de l'augmentation, qui a été décidée par les Chambres, de 670 millions à 800 millions. Il est bien évident que pour répondre aux besoins qui sont aujourd'hui déjà présentés à l'OFIAMT, il faudrait avoir un crédit bien supérieur. L'année précédente, 56 millions de francs ont été affectés à cet effet. L'année dernière, le Conseil fédéral prévoyait un montant équivalent et les Chambres l'ont augmenté de 56 millions à 100 millions de francs. Cette année, le Conseil fédéral réduit de nouveau le montant à 56 millions et, au vu des épargnes que nous demandons, la commission s'est ralliée à ce projet. Une remarque encore d'ordre général: dans le débat d'entrée en matière, on a répété régulièrement qu'il ne fallait pas que ce soient les plus petits, les plus faibles, les régions les plus défavorisées qui souffrent de ces réductions. Or, nous le voyons à longueur de délibérations, il n'est guère facile d'opérer autrement. Cela veut dire qu'au moment où de nouvelles recettes sont proposées, il faut penser qu'elles sont absolument indispensables, pour qu'aussi bien notre politique sociale que notre politique régionale puissent être maintenues. Bundesrat Stich: Ich bitte Sie auch hier, der Kommission zuzustimmen und die Anträge der Herren Theubet und Columberg abzulehnen. Es geht um eine wichtige Frage, nicht nur für das Berggebiet, sondern auch für die Finanzpolitik. Der Bundesrat hat Ihnen einen Vorschlag für eine Aufstockung um 670 Millionen Franken unterbreitet; Sie haben auf 800 Millionen Franken erhöht, so dass am Schluss ein Fonds von 1,6 Milliarden Franken zur Verfügung stünde. Herr Columberg sagte, das seien keine Ausgaben, das seien eigentlich Darlehen. Aber diese Darlehen, Herr Columberg,

Budget de la Confédération 1992 2262 N 5 décembre 1991 kommen nie, nie mehr zum Bund zurück. Sie bleiben in diesem Fonds; sie werden weiter ausgegeben, und sie sind zinsfrei. Sie tragen wohl den schönen Namen «Darlehen», aus finanzpolitischer Sicht müssen sie jedoch in der Haushaltrechnung abgeschrieben werden, weil sie keine Zinserträge mehr bringen und nie wieder zurückkommen. Deshalb darf man sich keinen Illusionen hingeben; es steht effektiv mehr zur Verfügung, als hier steht. Der Bundesrat ist - entgegen Ihrem letztjährigen Beschluss von 100 Millionen Franken - von vornherein wieder auf 56 Millionen Franken gegangen, weil auch wir gezwungen sind, Prioritäten zu setzen. Nicht nur das Berggebiet ist benachteiligt; es gibt heute in anderen Regionen ebenfalls viel Armut! Man kann deshalb nicht mehr nur für eine bestimmte Region sprechen. Man muss sich bewusst sein, dass beispielsweise heute noch viele Regionen Mittel bekommen, die eigentlich diese Mittel nicht mehr verdienen würden. Entscheidend für uns ist aber, dass Sie in bezug auf das Subventionengesetz wirklich einen wichtigen Entscheid treffen. Dieses Gesetz soll es ermöglichen, dass Zahlungen, die im Rahmen des Budgets festgelegt werden, wirklich eingehalten werden. Das verlangt von der Verwaltung, dass sie Prioritäten setzt, dass sie nicht alle eintreffenden Gesuche - unbekümmert darum, ob sie dringend, ob sie nur wünschenswert oder ob sie vielleicht sogar überflüssig sind - übernehmen kann. Das zwingt die Verwaltung, eine präzisere Selektion vorzunehmen. Das dient auch den Unternehmen. Wenn es nicht gelingt, Ordnung zu schaffen, wenn sich niemand an die Vorgaben halten will, können wir das Subventionengesetz im Grunde genommen in den Papierkorb werfen. Aber für die Verwaltung ist es eine Verpflichtung; sie darf diese Kredite nicht überschreiten. Deshalb sind offenstehende Zusagekredite auch kein Argument; das ist ein Fehler der Verwaltung und sonst nichts. Ich bitte Sie, ganz klar dem Bundesrat und der Kommission zuzustimmen und nicht die gleichen Fehler zu machen, die Sie letztes Jahr gemacht haben, als Sie diese Kredite und die Zahlungsrahmen stark erhöht haben. So können wir unsere Finanzen nicht in Ordnung bringen! Columberg: Ich möchte Ihnen, Herr Bundesrat Stich, keinen Vorwurf machen; denn Sie betreuen nicht das EVD. Aber was Sie jetzt gesagt haben, stimmt wirklich nicht. Ich bedaure es ausserordentlich. Alle Gesuche werden seriös und gewissenhaft geprüft, und es wird nicht einfach alles bewilligt. Es sind Pendenzen im Betrage von 300 Millionen Franken vorhanden. Sie können somit ausrechnen, welche Abstriche gemacht werden müssen. Ich bedaure, dass Sie nicht ganz objektiv argumentiert haben und dass der Rat aufgrund unsachlicher Informationen entscheiden muss. Bundesrat Stich: Ich weiss auch, dass Ueberhänge von 300 Millionen Franken bestehen. Ich weiss auch, wie es mit den Ueberhängen in anderen Gebieten steht. Aber das Subventionengesetz soll dazu dienen, dass wir von dieser Situation wegkommen, dass wir die Kantone und Gemeinden via Verfügung exakt darüber informieren, was sie zugute haben. Als Gegenleistung haben sie nachher aber auch ein Anrecht auf pünktliche Zahlung. Wenn aber Ueberhänge bestehen, heisst das nicht, dass man eine solche Politik dauernd weiterführen soll.

Abstimmung - Vote Für den Antrag Kommission Für den Antrag Theubet/Columberg 707 Bundesamt für Landwirtschaft Antrag der Kommission 3600.141 Förderung des Viehabsatzes Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Minderheit (Kühne, Darbellay, Nebiker) Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates 73 Stimmen 56 Stimmen 3600.201 Kostenbeiträge an Viehhalter im Berggebiet Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Minderheit (Kühne, Darbellay, Hafner Rudolf, Nebiker, Züger) Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates 4600.001 Bodenverbesserungen und landwirtschaftliche Hochbauten Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Antrag der

LdU/EVP-Fraktion 3600.101 Butterverwertung Fr. 364000000 3600.102 Käseverwertung Fr. 484 000 000 3600.103 Sonderverrbilligung einheimischer Weich- und Halbhartkäse Fr. 51 000 000 Antrag Bühler Simeon 3600.141 Förderung des Viehabsatzes Fr. 93100000 Antrag Luder 3600.166 Lenkungsmassnahmen im Pflanzenbau Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates (Anbauprämien: Fr. 95 840 000 statt Fr. 75 840 000, Stille- gung von Ackerflächen: Fr. 6 000 000 statt Fr. 26 000 000) Eventualantrag Berger (Falls der Antrag Luder abgelehnt wird) 3600.161 Anbauprämie für Futtergetreide, Grundprämie Fr. 128000000 3600.166 Lenkungsmassnahmen im Pflanzenbau Fr. 73 540 000 Antrag Schwab 4200.002 Investitionskredite in der Landwirtschaft Antrag Baumann 3600.203 Beiträge an Tierhalter von Klein- und Mittelbetrieben 4600.001 Bodenverbesserungen und • landwirtschaftliche Hochbauten Fr. 40 000 000 Fr. 290 000 000 Fr. 80 000 000 Antrag Hildbrand 4600.001 Bodenverbesserungen und landwirtschaftliche Hochbauten Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Antrag Berger 4600.001 Bodenverbesserungen und landwirtschaftliche Hochbauten Zustimmung zum Beschluss des Ständerates 707 Office fédéral de l'agriculture Proposition de la commission 3600.141 Encouragement de la vente du bétail Majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats Minorité (Kühne, Darbellay, Nebiker) Adhérer au projet du Conseil fédéral 3600.201 Contributions aux frais des détenteurs de bétail de la région de montagne Majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats Minorité (Kühne, Darbellay, Hafner Rudolf, Nebiker, Züger) Adhérer au projet du Conseil fédéral 4600.001 Améliorations foncières et constructions rurales Adhérer au projet du Conseil fédéral

5. Dezember 1991 N 2263 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1992 Proposition du groupe Adl/PEP 3600.101 Placement de beurre fr. 364000000 3600.102 Placement du fromage fr. 484 000 000 3600.103 Réduction spéciale des prix des fromages à pâte molle et à pâte mi-dure fabriqués dans le pays fr. 51000000 Proposition Bühler Simeon 3600.141 Encouragement de la vente du bétail fr. 93100000 Proposition Luder 3600.166 Mesures d'orientation de la production végétale Adhérer au projet du Conseil fédéral (Primes de culture: fr. 95 840 000 au lieu de fr. 75 840 000, Abandon de l'exploitation de terres assolées: fr. 6 000 000 au lieu de fr. 26000000) Proposition subsidiaire Berger (au cas où la proposition Luder ne serait pas acceptée) 3600.161 Primes pour la culture des céréales fourragères, prime de base fr. 128 000 000 3600.166 Mesures d'orientation de la production végétale fr. 73 540 000 Proposition Schwab 4200.002 Crédits d'investissements à l'agriculture fr. 40000000 Proposition Baumann 3600.203 Contributions versées aux détenteurs de bétail des petites et moyennes entreprises fr. 290 000 000 4600.001 Améliorations foncières et constructions rurales fr. 80 000 000 Proposition Hildbrand 4600.001 Améliorations foncières et constructions rurales Adhérer à la décision du Conseil des Etats Proposition Berger 4600.001 Améliorations foncières et constructions rurales Adhérer à la décision du Conseil des Etats Präsident: Ich schlage Ihnen vor, die Diskussion und die An- träge nach Fachgebieten zu gruppieren. Ich bitte auch, ent- sprechend zu diskutieren, und zwar folgendermassen: Gruppe 1 : Milchwirtschaft; Butter, Käse, Milch. Gruppe 2: Viehabsatz; Kostenbeiträge an Viehhalter. Gruppe 3: Lenkungsmassnahmen; Pflanzenbau. Gruppe 4: Investitionskredite. Gruppe 5: Tierhalterbeiträge; Bodenverbesserungsmassnah- men. Pos. 707.3600.101, 707.3600.102, 707.3600.103 Weder Hansjürg: Ich begründe die drei Anträge zu den Kredi- ten für die Ueberschussverwertung gemeinsam. Unser ehemaliger Fraktionskollege Walter Biel hat hier wäh- rend etwa 20 Jahren dargelegt, weshalb die Landwirtschafts- politik des Bundesrats und der Parlamentsmehrheit in die Sackgasse führt. Er führte drei Gründe an. Er

sagte, es komme immer ein Stopp entweder von seilen der Umwelt, von seilen der Volkswirtschaft oder von seilen der Finanzen. Dann gab es in unserer Fraktion oftmals freundschaftliche Meinungsverschiedenheiten darüber, welcher der drei Faktoren als erster zum Uebungsabbruch zwingen werde. Dieser Entscheid ist jelzl gefallen. Es ist die Finanzpolitik, die uns zwingt, die Weichen anders zu stellen. Wir schlagen Ihnen vor, die Kosten für die Ueberschussverwertung im Milchsektor auf dem Niveau von 1990 einzufrieren. Herr Bundesrat Slich wird einwenden - und mit ihm sicher auch mehrere andere Redner-, es gehe hier um gebundene Ausgaben und er werde, wenn wir dem zustimmen, die Kosten beim Rurinetnarhtran wierlpr verlannen müssen. Das Arnument mit den gebundenen Kosten kann aber im jelzigen Moment und in der jelzigen Situation nicht akzeptiert werden. Aus den gebundenen Kosten werden sonst die gebundenen Hände des Parlaments in der Finanzpolitik. Wenn der Bundesrat - das wird er zweifellos - feststellt dass er angesichts des miserablen Budgets und der vorhandenen Vorschriften in eine Zwangslage gerät, darf er nicht einfach den Ausweg über Nachtragskredite wählen. Es gibt einen zweiten Weg - den schlagen wir Ihnen heute vor -: die dringliche Aenderung der gesetzlichen Vorschriften. Wenn Sie unseren Antrag annehmen, erwarten wir, dass in der Frühjahrs-session der Entwurf zu einem dringlichen Bundesbeschluss unterbreitet wird, der die Einhaltung des modifizierten Budgets ermöglicht. Extremerweise könnte man natürlich auch vorschlagen, dass diese Ausgaben auf Null zu reduzieren seien. Dies wäre aber aus marktwirtschaftlicher Sicht nicht wünschenswert und realpolitisch nicht durchführbar. Die Marktwirtschaft wird auf diesem Gebiet ja sowieso strapaziert. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Milchschwemme, die Gelreidesubventionen, den Bullerberg, die Fleisch Verwertung, die Schlachtabfälle, die Zollpräferenzen - alles und jedes kommt in der Landwirtschaftspolitik zur Anwendung. Der rote Faden ist längst verlorengegangen. Die staatlich gelenkte Landwirtschaft, wie wir sie heute haben, hat soeben im Osten bankrott gemacht. Es scheint als wolle man diese bei uns noch über die Runden retten. Unser Vorschlag scheint uns ein gangbarer Mittelweg. Wenn der Bundesrat jetzt der Meinung ist, diese Reduktion sei aufgrund früherer Beschlüsse nicht möglich, so hat er bis zur Frühjahrs-session Zeit, die entsprechenden Aenderungen zu beantragen. Wenn übergeordnete Interessen auf dem Spiel stehen und Handlungsbedarf besteht - dies ist ja zweifellos der Fall -, haben wir die Weichen neu zu stellen. Das können Sie tun, wenn Sie dem Antrag der LdU/EVP-Fraktion zustimmen. Hess Otto: Ich spreche zu den Anträgen der LdU/EVP-Fraktion, die die drei Positionen «Käseverwertung», «Butterverwertung» und «Sonderverrbilligung einheimischer Weich- und Hartkäse» kürzen will. Die Antragsteller will die von der Finanzkommission vorgeschlagenen Budgetposten auf die Ausgabenhöhe der Rechnung 1990 reduzieren. Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, alle drei Anträge abzulehnen. Mit diesen Kürzungsanträgen wird die eidgenössische Milchrechnung getroffen. Herr Hansjürg Weder, entschuldigen Sie, ich werde den Verdacht nicht los, dass Sie offenbar in die Fussstapfen unseres geschätzten ehemaligen Ratskollegen Walter Biel zu treten gedenken. Es dürfte Ihren Überlegungen entgegen sein, dass die Milchrechnung weit mehr ist als nur ein Finanzierungsbeschluss. Sie hat für die schweizerische Landwirtschaft eine zentrale Bedeutung. Weite Teile unseres Landes können aus topographischen, aus klimatischen Gründen, aber auch wegen unserer kleinstrukturierten Landwirtschaft nur sinnvoll über Graswirtschaft mit anschließender Veredelung genutzt werden. Wer der Ökologie und der Erhaltung bäuerlich strukturierter Betriebe so grosse Bedeutung beimisst wie Sie, müsste bei sachlicher Beurteilung zum Schluss kommen, dass dieser Kürzungsantrag falsch in der Landschaft liegt. Eine Reduktion

bei den Budgetposten Käse- und Butterverwertung hätte entweder einen Nachtragskredit zur Folge, was keiner ehrlichen Budgetpolitikersprichtl-das haben Sie übrigens selbst erkannt-, oder sie hätte eine Kürzung der Milchkontingente zur Folge. Das haben Sie nicht gesagt. Es wird doch nicht Ihr Ernst sein, in der heuligen, prekären Situation der Landwirtschaft, wo sich wegen den Absatzverhältnissen auf dem Fleischmarkt und bei den Ackerfrüchten keine Produktionsalternativen anbieten, eine Kontingentkürzung bei der Milch ins Auge zu fassen! Die Teuerung macht vor den Toren des Bauernbetriebes nicht Halt. Zudem sind es nicht nur die Bauern, sondern ebenso sehr die nachgelagerten Verwertungs- und Vermarktungsbetriebe, die von der Milchrechnung langiert sind. Die Angestellten und Arbeiter jener Betriebe haben genauso Anrecht auf Teuerungsausgleich wie Arbeitnehmer in anderen Branchen.

Budget de la Confédération 1992 2264 N 5 décembre 1991 Nun kann ich mir vorstellen, dass Ihnen die Milchrechnung bei flüchtiger Betrachtungsweise hoch erscheint. Sie dürfen nicht vergessen, dass über die Milchproduktion weite Teile unseres Landes in sinnvollerweise gepflegt werden. Es ist eine kostengünstige Pflege unserer Landschaft. Wenn Sie von einem Kontingent von 5500 kg je Hektare ausgehen und von einem durchschnittlichen Verwertungsverlust von 40 Rappen je Kilo Milch, ergibt das einen Betrag von 2200 Franken je Hektare, wobei gleichzeitig hochwertige Nahrungsmittel produziert werden. Jede andere Nutzung unseres Kulturbodens kommt nicht billiger zu stehen. Ich erinnere als Beispiel an die Entschädigung bei Grünbrache. Mit Bestimmtheit kommt es den Bund nicht billiger zu stehen, wenn wegen Kontingentkürzungen Flächen aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen werden und über Staatspersonal gepflegt werden müssen. Zum dritten Kürzungsantrag, zur Verbilligung inländischer Weich- und Halbhartkäsesorten, möchte ich klar feststellen, dass diese Gelder nicht aus allgemeinen Bundesmitteln stammen, sondern aus Erträgen von Preiszuschlägen auf eingeführtem Käse. Diese Abschöpfungen sind notwendig, um die Spiesse von importierten und einheimischen Produkten gleich lang zu machen. Der Schutz ist notwendig. Man kann der einheimischen Landwirtschaft nicht dauernd strengere Produktionsvorschriften auferlegen - als Beispiele Gewässerschutzgesetz und Tierschutzgesetz - und sie gleichzeitig schutzlos der ausländischen Konkurrenz aussetzen, welche Produktionsauflagen, die eine Verteuerung der Produktion zur Folge haben, nicht kennt Herr Weder, gerade Sie haben in jedem Fall für solche Auflagen an unsere Landwirtschaft gestimmt. Sie müssten in der Folge auch zu diesem Budget ja sagen. Aus all diesen Überlegungen bitte ich Sie, dem Antrag der Kommission und des Bundesrates zuzustimmen und denjenigen der LdU/EVP-Fraktion abzulehnen. Rückstuhl: Traditionsgemäss liegen uns zum Voranschlag Kürzungsanträge der LdU/EVP-Fraktion im Bereich der Landwirtschaft vor. Ich bin nicht so ganz sicher, ob die Konsequenzen dieser Anträge von den Antragstellern durchdacht worden sind. Unseres Erachtens liegen sie quer zu den politischen Zielsetzungen gerade auch der LdU/EVP-Fraktion. Die drei Anträge ergeben eine Mehrbelastung der Konsumenten, eine Schmälerung der Grünlandbewirtschaftung und eine Einkommensverschlechterung für die Bauernfamilien. Zu den einzelnen Anträgen. Butterverwertung: Durch bessere Konsumentenaufklärung, insbesondere in den letzten Monaten, haben die Konsumentinnen und Konsumenten begriffen, wie hervorragend die Qualität unserer Kochbutter ist. Sie haben deshalb vermehrt zu diesem günstigeren Produkt gegriffen und das private Haushaltportemonnaie entlastet, damit aber das Bundeshaushaltportemonnaie belastet. Das gleiche gilt für die Käseverwertung. Wir haben folgende Alternative: Entweder schmälern wir das Einkommen der Bauern, vor allem in

den strukturschwachen Gebieten, indem wir ihnen die Produktionsmöglichkeiten entziehen, das heisst Kürzung der Milchkontingente oder Verlagerung der Produktion Richtung Fleisch und Getreide; damit un-terwandern wird die Lenkungs-massnahmen im Getreidebau, die wir kürzlich beschlossen haben. Oder wir können die Käseverwertungsausfälle kürzen und den Ausfall mit Direktzahlungen ausgleichen. Dazu fehlen uns aber noch die Grundlagen. Ich möchte die LdU/EVP-Fraktion daran erinnern, dass sie nächstes Jahr Gelegenheit haben wird, die Grundlagen zu schaffen, damit wir hier eine Korrektur anbringen können. Zu den Sonderverbilligungsaktionen bei Weich- und Halbhart-käsen: Hier handelt es sich um eine Position, die nur be-schränkt budgetwirksam wird, weil wir hier Grenzabgaben ein-nehmen und diese zur Verbilligung der einheimischen Pro-duktion wieder ausgeben wollen. Es geht also um die Schaf-fung gleich langer Spiesse gegenüber den ausländischen Produzenten. Wer glaubt, trotz der Produktion von über 60 ver-schiedenen Käsesorten von hervorragender Qualität in der Schweiz brauche es noch zusätzliche Sorten aus dem Aus-land, wir müssten also auf den Strassen weiteren Käse impor-tieren, darf auf den Preis dieser Käsesorten für die einheimi-sche Produktion etwas abgeben. Ich glaube, die einheimische Produktion mit dieser Qualität und mit dieser Auswahl würde genügen. Herr Weder, wenn Sie noch mehr ausländischen Käse auf den Strassen haben wollen, haben Sie bald auch einmal die Schweizer Bauern auf den Strassen! Ich weiss nicht, ob Sie das wollen. Ich will das nicht! Deshalb lehnt auch die CVP-Fraktion alle drei Anträge der LdU/EVP-Fraktion ab. Jaeger, Berichterstatter: Ich bin in einer schwierigen Lage. Diese Anträge sind mir aus zwei Gründen sympathisch: Erstens würden sie Kürzungen bringen. Zweitens weht da der Geist von Walter Biel, und das weckt bei mir doppelte Sympa-thien. Nun müssen wir das aber sachlich betrachten. Wenn Sie die Zahlen anschauen, gibt es tatsächlich einen gewissen Grund zur Sorge. Das haben wir in der Finanzkommission und in der betreffenden Subkommission einlässlich diskutiert. Butterverwertung: 1991 349 Millionen, 1992 428 Millionen. Kä-severwertung: 1991 510 Millionen, 1992 515 Millionen. Nun möchte Herr Weder im Namen der LdU/EVP-Fraktion diese beiden Beträge um 95 Millionen kürzen. Ihn stören die sehr hohen Zuwächse. Man muss sich aber bewusst sein, was das bedeuten würde. Auch wir haben in der Kommission dar-über diskutiert. Aber die Kürzung der Kredite in diesem Aus-mass würde dazu führen - Herr Weder, Sie haben es selber gesagt -, dass die finanziellen Mittel später auf dem Weg der Nachtragskredite anbegehrt werden müssten. Es macht aber keinen Sinn, hier ein Hornberger Schiessen zu machen, Dinge zu verdrängen, für die wir dann ohnehin noch zur Kasse gebe-ten werden müssen. Die Kürzungen hätten eine Preis- und Mengenreduktion bei der Milch, beim Käse zur Folge, und bei der gegenwärtigen einkommenspolitischen Situation der Bauern geht das ein-fach zu weit. Das müssen wir bei aller Sympathie für die Sorge, die da auch auf Konsumentenseite herrscht, anerkennen. Die Mengenreduktion würde übrigens frühestens im neuen Milch-jahr, auf den 1. Mai 1992, wirksam. Wir können also im Mo-ment gar nicht handeln. Was ich aber von beiden Seiten gehört habe - auch von bäuerlicher Seite; Herr Hess Otto hat ebenfalls darauf hinge-wiesen -: Man möchte grundsätzlich über die Situation nach-denken. Eine Neuorientierung der Agrarpolitik ist wichtig. Das müssen wir sehen. Die einkommenspolitische Situation der bäuerlichen Bevölke-rung muss heute auf eine andere Basis gestellt werden. Das ist unbestritten. Aber wir müssen das grundsätzlich prüfen und die gesetzlichen Grundlagen dazu schaffen. Noch kurz zu den Sonderverbilligungen für einheimische Weich- und Halbhartkäse: Auch hier geht es darum, dass die Schwierigkeiten, denen die einheimische Produktion gegen-übersteht, der steigende Importdruck, durch solche Kürzun-gen noch

verstärkt würden. Auch hier haben wir eine zweckgebundene Finanzierung. Das ist an sich in Ordnung. Sie können mir glauben: Wir haben versucht, mit dem Rotstift anzusetzen. Aus Fairness haben wir das aber nicht gemacht. Aber ich hoffe, meine lieben Freunde auf der bürgerlichen Seite, dass Ihr dann mithelft, den Rad der Tugend nicht zu verlassen. Hier sind grosse Beträge gesprochen worden. Diesen Beträgen ist aber fairerweise zuzustimmen. Ich bitte Sie, die Anträge der LdU/EVP-Fraktion abzulehnen und den Vorschlägen von Kommission und Bundesrat zuzustimmen. M. Darbellay, rapporteur: Je n'ai pas les mêmes raisons que le président de la commission de trouver ces propositions fort sympathiques. Je pense au contraire qu'elles postulent une modification de la législation agricole puisque ces dépenses sont basées sur des lois existantes et, si nous ne les prévoyons pas au budget, il faudra les prévoir ensuite dans des suppléments de crédits. On ne peut pas modifier une législation simplement par des dispositions budgétaires. Il faudra donc voter ces crédits tels que proposés par la commission.

5. Dezember 1991 N 2265 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1992 Je vous fais remarquer qu'au total les trois propositions de l'Alliance des indépendants et du Parti évangélique populaire conduiraient à une diminution de crédit de 98 millions de francs et modifieraient d'une manière très sensible les revenus dans l'agriculture. Je vous fais également remarquer qu'en ce qui concerne le troisième poste, «Réduction spéciale des prix des fromages à pâte molle et à pâte mi-dure», il s'agit de suppléments de prix qui sont exigés à l'importation, expressément pour abaisser ensuite le prix des fromages à pâte molle. Ce n'est donc pas de l'argent de la Confédération qu'il s'agit mais d'un fonds spécialement affecté à cet effet. Je vous invite à refuser les trois modifications proposées. Bundesrat Stich: Ich bitte Sie, diese drei Anträge abzulehnen. Wir können heute keine Landwirtschaftsdebatte führen. Sie werden nächstes Jahr den 7. Landwirtschaftsbericht und einige zusätzliche Anträge beraten. Sie werden dann Gelegenheit haben, sich zur Landwirtschaft zu äussern. Bei diesen drei Anträgen ist es so, wie der Antragsteller selber bemerkt hat: Wenn Sie die Beträge reduzieren, heisst das nichts. Es wäre auch für uns die einfachste Art und Weise, das Budget ins Gleichgewicht zu bringen, indem wir diese Beträge herunternehmen und nachher sagen würden: Wir haben uns verschätzt; es kostet mehr. Ich bin froh, Herr Weder, wenn die Beträge des Budgets in der Rechnung nicht überschritten werden. Ich möchte das Geld, das wir für die Ueberschussverwertung aufwenden müssen, der Landwirtschaft direkt zukommen lassen. Das wäre wahrscheinlich zweckmässiger eingesetztes Geld. Aber das setzt voraus, dass man verschiedene Dinge ändert, und dazu haben wir heute die Möglichkeit nicht. Deshalb bitte ich Sie, diese drei Anträge abzulehnen. Sie ändern am heutigen Zustand nichts. Abstimmung - Vote Für die Anträge der LdU/EVP-Fraktion Minderheit Dagegen offensichtliche Mehrheit Pos. 707.3600.141 Kühne, Sprecher der Minderheit: Damit wir uns richtig verstehen - vor allem ist das an die Kommissionssprecher, allenfalls auch an Herrn Bundesrat Stich gerichtet -, muss ich einige Vorbemerkungen machen. Sparpakete können nicht in jeder Beziehung fein abgestimmte Lösungen sein. Unter dem Gesichtspunkt der Opfer-symmetrie sind gewisse Unebenheiten zu tolerieren. Sie haben es schon oft gehört: Wenn man einen Stein aus dem Gebäude herausbricht, fällt das Gebäude zusammen. Deshalb setze ich, vor allem als Mitglied der Finanzkommission, die Schwelle für Abweichungen von der Kommissionslinie sehr hoch an. Ich habe auf dringende Bedürfnisse der Landwirtschaft verzichtet, habe darauf verzichtet, Minderheitsanträge zu stellen: zum Beispiel zu den Meliorationen, die von 130 auf 100 Millionen reduziert wurden, oder zu den Investitionskrediten, die von 40 auf 20 Millionen reduziert wurden. Ich erinnere Sie an den Brief der Schweizerischen Arbeitsge-

meinschaft für das Berggebiet, die auf die dringenden Bedürfnisse aufmerksam gemacht hat. Aber vor die brutale Alternative gestellt, entweder das Einkommen der Bergbauern einzigermassen zu sichern oder ihre Strukturen zu erhalten, musste ich der Einkommenssicherung Priorität einräumen. Mit den Kürzungen gemäss den Anträgen der Kommissionsmehrheit werden ganz krass Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und der Gleichbehandlung verletzt. Es handelt sich um zwei Massnahmen zur Unterstützung der wirtschaftlich wohl schwächsten Gruppe unseres Landes. Die Buchhaltungsbetriebe im Berggebiet zeigen, dass die Bergbauern 1989 bis 1991 im Durchschnitt einen Tagesverdienst von 113 Franken erzielt haben. Das reicht, um einmal in Bern zu übernachten, aber es reicht nicht einmal für einen Schlummerbecher. Dies bei einem Lohnanspruch von 180 Franken, der sich aus dem Verdienst der verunfallten Arbeitnehmer gemäss Suva-Statistik errechnet. Pflicht von Bundesrat und Parlament ist es, die Einkommen der Bergbauern näher an jene vergleichbarer Gruppen heranzubringen. Die Anträge der Kommissionsmehrheit sind jedoch nicht nur eine reale, sondern auch eine nominale Kürzung gegenüber dem Vorjahr. Beim Viehabsatz ist es besonders krass: Die Kommission kürzt um 22 Prozent Selbst der ursprüngliche Antrag des Bundesrates, den ich wiederaufgenommen habe, liegt 10 Millionen oder 11 Prozent unter dem Vorjahresbetrag. Graswirtschaft mit Viehhaltung ist aus wirtschaftlicher und ökologischer Sicht die günstigste Bewirtschaftungsform unserer Hügel- und Berggebiete. Trotzdem sind Höhenlage, Hangneigung, rauheres Klima Erschwernisse gegenüber dem Talgebiet. Um den Bergbauern den Konkurrenznachteil auszugleichen, sind eine Reihe von Massnahmen notwendig, insbesondere Entlastungskäufe, Ausmerzaktionen, Unterstützung des Viehexportes. Durch die Reduktion auf 73 Millionen Franken würden diese Massnahmen entscheidend geschwächt, mit Folgen, die weit über das Ausmass der Kürzungen hinausgehen. Erstens würden sich auch die Kantonsanteile entsprechend reduzieren; zweitens befindet sich der Viehabsatz gegenwärtig in einem Tief mit Preisen, wie sie vor etwa 40 Jahren Gültigkeit hatten. Die Erlöse des Exportviehs und die Erlöse bei den Ausmerzaktionen bestimmen das Preisgefüge auf dem gesamten Viehmarkt. Kürzungen von 10 Millionen Franken führen nicht zu einem Ausfall von 10 Millionen, sondern vielleicht von 50 Millionen Franken oder noch mehr, weil das ganze Preisniveau absinkt. Ein weiteres Absinken des Preisniveaus wäre für viele Bergbauern untragbar. Ein für später angekündigter Ersatz durch zusätzliche Flächenbeiträge würde mehr Bundesmittel erfordern, um nur annähernd die gleiche Wirkung zu erzielen. In einem Monat soll der 7. Landwirtschaftsbericht mit entsprechenden Kurskorrekturen erscheinen. Es gab einen vielbeachteten Versprecher, nämlich denjenigen von «Konkurskorrekturen»; das wollen wir natürlich nicht. Zudem laufen die Gatt-Verhandlungen, und wir sollten nicht interne Stützungen davon losgelöst abbauen. Eine allfällige Umwandlung von Instrumenten und Massnahmen musste im Rahmen des gesamten Umfeldes erfolgen. Kostenbeiträge an Viehhalter im Berggebiet: Diese Kostenbeiträge sind eine Haupteinkommensstütze. Sie sind die älteste und zugleich wirksamste Direktzahlung im Berggebiet. Durch die Begrenzung der beitragsberechtigten Tierzahl und das Erfordernis der genügenden Futterfläche kommt ihnen der Charakter von produktungebundenen Direktzahlungen zu. Sie gehören also zu jener Art von Massnahmen, die in Zukunft vermehrt zum Tragen kommen. In der Märzsession 1991 haben die eidgenössischen Räte den Zahlungsrahmen für die Jahre 1991/92 auf 50 Millionen Franken festgelegt und bewusst einen Akzent zugunsten der Bergbauern gesetzt. Für 1991 haben wir 250 Millionen Franken budgetiert; 15,8 Millionen Franken an Betriebsbeiträgen kommen noch zur Auszahlung. Letztere

fallen ab 1992 weg und sind somit in die Berechnung miteinzubeziehen. Mit der Kürzung gemäss dem Vorschlag der Finanzkommission werden wir auch hier eine nominale Kürzung haben. Die Verunsicherung in der Landwirtschaft, insbesondere in der Berglandwirtschaft, ist gross. Einerseits haben wir starke Kostensteigerungen, andererseits extrem schlechte Verhältnisse beim Viehabsatz. Um die Zukunftsängste und die Resignation und damit die Abwanderung junger Leute nicht weiter zu fördern, bitte ich Sie dringend, unseren Minderheitsanträgen zuzustimmen. Ich möchte Ihnen sagen, dass Landwirtschaft mehr ist als Lebensmittelproduktion; Pflege unserer Umwelt und dezentrale Besiedlung sind Ziele, die insbesondere die Berglandwirtschaft erfüllt Ihre Existenzsicherung ist für unser Land langfristig eine gute Investition. Bühler Simeon: In Ergänzung dessen, was Ihnen Herr Kühne jetzt vorgetragen hat, darf ich Ihnen noch einige Überlegungen mitgeben. Der Ständerat hat offensichtlich übersehen, dass seine Beschlüsse - mit welchen er einen Abbau bei den Viehabsatzmassnahmen und bei den Kostenbeiträgen einer-

Budget de la Confédération 1992 2266 N 5 décembre 1991 seits und eine Aufstockung um den gleichen Betrag bei den Meliorationskrediten andererseits beschloss - zu einem unverantwortlichen Lohnabbau für die Landwirte in den Berggebieten führen. Mit den Meliorationskrediten wird in den einzelnen Betrieben eine Verbesserung der Strukturen angestrebt, z. B. durch Stallsanierungen, Güterregulierungen usw. ; es sind aber stets nur einzelne Betriebe, die davon profitieren. Die Viehabsatzmassnahmen und die Kostenbeiträge sind hingegen direkte Einkommenszahlungen, von denen alle Betriebe betroffen sind. Der Beschluss des Ständerates und der Kommissionsmehrheit bewirkt also einen direkten Einkommensabbau für die Bergbetriebe. Alles spricht heute von der Notwendigkeit, die Landwirtschaftspolitik auf eine neue Grundlage zu stellen und den Einkommensausgleich mit Direktzahlungen statt mit Preiserhöhungen zu verwirklichen. Bei diesem Budget wird ausgerechnet bei den bestehenden Direktzahlungen ein Antrag auf Kürzung gestellt Das begreift nun wirklich niemand mehr. Sie müssen wissen, dass gerade jene Betriebe, die kein Milchkontingent besitzen - das ist gut ein Drittel aller Bergbetriebe, im Kanton Graubünden ist es sogar die Hälfte aller Betriebe -, durch die Preisrückgänge beim Nutz- und Schlachtvieh bereits einen Einkommensausfall von 20 bis 25 Prozent zu verzeichnen haben. Nebenbei bemerkt: Diese Preisrückgänge werden den Konsumenten leider nicht weitergegeben. Der Bauer muss billiger verkaufen, und Sie können trotzdem nicht billiger einkaufen. Das zeigt, wie bedeutungslos der Produzentenpreis für die Preisgestaltung im Detailhandel geworden ist Wenn also die Bauern bereits über die Produktpreise ganz massive Einkommensverluste erleiden, dann ist es absolut unzumutbar, auch noch bei den Direktzahlungen zu kürzen. Der Bundesrat hat seinerseits bei den Viehabsatzmassnahmen bereits 10 Millionen Franken oder 11 Prozent gekürzt Nun schlagen der Ständerat und die Kommissionsmehrheit noch zusätzlich 10 Millionen, also insgesamt 20 Millionen Franken, vor, dazu kommen jene 20 Millionen Franken bei den Kostenbeiträgen. Insgesamt bedeutet das also einen direkten Einkommensabbau von 40 Millionen Franken. Die Teuerung und die Hypothekarzinsen belasten die Bauern genauso wie alle Schweizerinnen und Schweizer. In anderen Bevölkerungsschichten hätten solche Reallohnkürzungen mit Bestimmtheit einen Generalstreik zur Folge. Wenn an diesem Pult bei der Eintretensdebatte recht viel vom sozialen Frieden in unserem Land gesprochen wurde, denken Sie doch bitte auch daran, dass die schwächste Gruppe innerhalb der Landwirtschaft einen solchen Einkommensabbau nicht verkraften kann. Wenn Sie dieses schön gepflegte Land Schweiz

auch in Zukunft so gepflegt erhalten möchten, können Sie das mit Strukturwandel allein nicht erreichen. Wir Bauern sind uns durchaus bewusst, dass bei einem solch grossen Defizit auch wir mithelfen müssen, das Ausgabenwachstum zu verlangsamen. Was uns aber hier unterbreitet wird, bedeutet insbesondere für die Bergbauern nicht nur Verlangsamung des Wachstums, sondern einen direkten Abbau. Ich bitte Sie daher dringend: Stimmen Sie dem Minderheitsantrag Kühne zu, und zwar bei beiden Positionen. Beim Viehabsatz beinhaltet dieser Minderheitsantrag bereits eine Kürzung von 11 Prozent gegenüber dem letzten Jahr. Es fällt mir daher schwer, auf meinen Antrag, die letztjährigen Zahlen einzusetzen, zu verzichten. Um aber die absolute Minimalvariante nicht zu gefährden, ziehe ich meinen Antrag zugunsten des Minderheitsantrages Kühne trotzdem zurück. Die SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen ebenfalls, dem Minderheitsantrag zuzustimmen, und zwar einstimmig. Hämmerle: Eine neue Landwirtschaftspolitik muss geprägt sein von produktunabhängigen Direktzahlungen, die an soziale und ökologische Kriterien gebunden sind. Ich betone auch das Adjektiv «sozial». Diesem Kriterium entspricht keine der wenigen bestehenden Direktzahlungen besser als genau die Kostenbeiträge an Viehhalter im Berggebiet. Der Bundesrat hat dies anerkannt und in seinem ursprünglichen Vorschlag diese Kostenbeiträge wesentlich erhöht, wobei der Eindruck allerdings täuscht, denn die Beiträge zur Verbesserung der Tierhaltung im Berggebiet werden gestrichen - minus 15 Millionen Franken. Es ist schlicht unverständlich, wenn jetzt der Ständerat und die Mehrheit der Nationalratskommission ausgerechnet diese Kostenbeiträge, diese sinnvollen Direktzahlungen, die Gatt- und europakonform sind, die umwelt- und sozialverträglich sind, praktisch wieder auf das Niveau des laufenden Jahres zurückstutzen wollen. Wir Bauern und Bäuerinnen sind verunsichert, weil die Preise zusammenbrechen, weil die Kosten davonlaufen, vor allem aber, weil wir nicht wissen, wohin die Reise geht. In dieser Situation werden wir regelmässig auf Direktzahlungen hingewiesen, welche die Einkommensausfälle kompensieren sollen. Dazu wird uns ständig der Teufel «Europa» an die Wand gemalt, damit wir nicht auf die Widersprüchlichkeit unserer eigenen Landwirtschaftspolitik aufmerksam werden. Herr Blocher ist leider nicht hier, aber ich möchte ihn trotzdem fragen: Hat er am letzten Sonntag seinen Innerschweizer Bauern gesagt, dass er die Kostenbeiträge nicht einmal so weit anheben will, wie der Bundesrat das wollte? Der Applaus wäre wohl um einiges kleiner ausgefallen. Mit der Reduktion der Kostenbeiträge setzen Sie ein falsches landwirtschaftspolitisches Zeichen. Sie treffen die schwächsten Bäuerinnen und Bauern, die unter den schwierigsten Bedingungen produzieren und den wesentlichsten Beitrag zur Erhaltung der vielgepriesenen Kulturlandschaft im Berggebiet leisten. Im Namen der Mehrheit der SP-Fraktion bitte ich Sie, das richtige Zeichen zu setzen und der Kommissionsminderheit Kühne zuzustimmen und wenigstens die vom Bundesrat ursprünglich vorgeschlagenen 282 Millionen Franken betreffend Kostenbeiträge an Viehhalter im Berggebiet ins Budget aufzunehmen. TschuppertKarl: Namens der einhelligen FDP-Fraktion beantrage auch ich Ihnen, der Minderheit Kühne zuzustimmen. Es hat überhaupt keinen Sinn, dass man direkt einkommenswirksame Beiträge, die für die Berglandwirtschaft dringend nötig sind, jetzt zusammenstreicht und sie dann auf irgendeine andere Art und Weise wieder hineinbringt. Deshalb bitte ich Sie im Namen der FDP-Fraktion dringend, der Minderheit Kühne zuzustimmen. Bürgi: Diese Viehabsatzmassnahmen sind für das Berggebiet auch in Zukunft eine wichtige Massnahme zur Erhaltung der Landwirtschaftsbetriebe im Berggebiet. Das Einkommen der Betriebe im Berggebiet ist zum grössten Teil vom Viehabsatz - Zucht- oder Masttiere - abhängig. Bei der

heutigen prekären Absatzsituation hat eine Beitragskürzung gravierende Auswirkungen für diese Zuchtgebiete. Die ökologische Bewirtschaftung unserer Alpen wird auch in Zukunft am besten durch die Beweidung, also die Viehzucht, gewährleistet. Eine weitere Belastung der ohnehin schon benachteiligten Produktionsgebiete würde viele Landwirte zwingen, ihre sonst schon kargen Bergheimatli aufzugeben. Nun will man durch die Budgetkürzung beim Viehabsatz diesen prekären Einkommensausfall noch verschärfen. Die Finanzkommissionen beider Räte haben die Kostenbeiträge für Viehhalter im Berggebiet für 1992 um 20 Millionen Franken gekürzt. Dazu kommen die beschlossenen Aufhebungen von Betriebsbeiträgen an die Viehhalter im Berggebiet von insgesamt 15,8 Millionen Franken. Eine derartig massive Kürzung kann im Hinblick auf die Einkommenssituation in der Berglandwirtschaft nicht hingenommen werden. Diese beiden Massnahmen sind ein wichtiger Einkommensbestandteil. Dazu kommt die Kürzung bei den Viehabsatzmassnahmen, die bereits vom Bundesrat um

## **E. 10**

Millionen mehr bei der Förderung des Viehabsatzes waren nach meiner Auffassung ein agrarpolitischer Unsinn. Entschuldigung! Es gab auch nur eine knappe Mehrheit, die diesem Unsinn zugestimmt hat - leider, denn diese 10 Millionen hätten wir kürzen können. Aber das haben wir nicht gemacht. Bei den Kostenbeiträgen an die Viehhalter im Berggebiet kann man in guten Treuen verschiedener Auffassung sein, weil sie agrarpolitisch einen Sinn machen. Das gebe ich durchaus zu. Bei den Kostenbeiträgen an Bodenverbesserungen möchte ich Sie bitten - im Sinne der Voten der Herren Jäggi und Matthey und von Frau Spoerry -, am Konzept des Bundesrates und der Kommission festzuhalten. Denn Sie dürfen nicht übersehen: Hier geht es auch um Unterstützungsmassnahmen im Meliorationswesen, wo es gewisse Massnahmen gibt, die nicht ganz unbestritten sind, vor allem im landwirtschaftlichen Wasserbau. Artikel 13 Absatz 2 des neuen Subventionsgesetzes verlangt, dass die Gesuche heute restriktiver beurteilt werden. Deshalb ist es sicher richtig, wenn Sie dem kleineren Betrag von 100 Millionen im Sinne der Kommission und des Bundesrats zustimmen. Kurz zum Antrag Baumann: Es ist nicht richtig, wenn man Herrn Baumann sagt, sein Antrag liege falsch in der Landschaft. Ich möchte Herrn Baumann in Schutz nehmen. Sein Antrag liegt eigentlich auf der Linie des Bundesrates. Aber er geht weniger weit, Herr Bühler Simeon. Deshalb muss ich auch Ihnen recht geben. Man kann sich fragen, ob man jetzt schon so weit gehen möchte. Wahrscheinlich ist das jetzt etwas zu früh, zumal die Beiträge an die Tierhaltung bei Klein- und Mittelbetrieben ebenfalls strukturfördernd sind. Aber nach unserer Auffassung ist das sicher besser, als jetzt bei den Bodenverbesserungen beliebig aufzustocken. Ich gebe Ihnen, Herr Baumann, agrarpolitisch durchaus recht, bitte Sie aber, etwas Geduld aufzubringen; Sie werden ganz sicher erkennen, dass man hier die Umstrukturierung vornehmen will. Beachten Sie: Die Tierhalterbeiträge werden von 90 Millionen für 1991 auf 270 Millionen erhöht. Sie sehen also: Man will in diese Richtung gehen. Herr Baumann, Sie wollen noch etwas weiter gehen. Ich glaube, Sie werden recht erhalten, aber nicht in dieser Abstimmung. In dieser Abstimmung wird man bei der Struktur, wie sie Ihnen der Bundesrat und die Kommission vorschlagen, bleiben. Ich glaube, das Thema ist wichtig und richtig, und wir gehen in die richtige Richtung. Wir bitten also, auf der ganzen Linie Bundesrat und Kommission zuzustimmen. M. Darbellay, rapporteur: Dans le cadre de l'arrêté fédéral de 1991, relatif au revenu des paysans, il a été prévu d'augmenter substantiellement les contributions versées aux détenteurs de bétail des petites et moyennes entreprises, ce que le Conseil fédéral fait, en passant de 90 millions de francs à 270 millions de francs. Il ne serait donc guère

judicieux, pour cette première année, d'aller plus loin et d'accepter la proposition de M. Baumann de 290 millions de francs. En ce qui concerne les améliorations foncières, l'année passée 130 millions de francs. Le Conseil fédéral descend à 100 millions et M. Baumann propose 80 millions. Nous avons d'un autre côté une proposition de MM. Berger et Hildbrand de revenir à 130 millions. Je crois qu'ici aussi, on peut dire que la vérité est au milieu et il faut prendre ces dispositions en tenant compte de ce que nous avons voté tout à l'heure. Par rapport aux décisions prises et par la commission du Conseil national et par la commission du Conseil des Etats, nous avons augmenté de 30 millions de francs les mesures se rapportant au revenu, soit 10 millions pour l'encouragement de la vente du bétail et 20 millions pour les contributions aux frais des détenteurs de bétail des régions de montagne. Si maintenant nous acceptons la proposition de 130 millions de francs pour les améliorations foncières, nous aggraverions le budget de 30 millions par rapport au premier budget du Conseil fédéral et de 60 millions par rapport aux propositions de la commission du Conseil national. Je vous invite donc à tenir compte de ces deux votes précédents et à maintenir ce montant à 100 millions au lieu des 80, respectivement 130 qui sont proposés.

5. Dezember 1991 N 2273 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1992 Bundesrat Stich: Ich bitte Sie, den Antrag von Herrn Baumann abzulehnen. Er möchte die Beiträge an Tierhalter von Klein- und Mittelbetrieben von 270 auf 290 Millionen erhöhen. Diese Beiträge sind stark erhöht worden: von 90 auf 270 Millionen. Hier sollten Sie im heutigen Zeitpunkt nicht übertreiben. Denn das könnte leicht zu einer Betonierung der heutigen Strukturen führen, und ob diese Strukturen auf die Dauer vollumfänglich aufrechterhalten werden können, ist eine andere Frage. Dessen müssten Sie sich bewusst sein. Man sollte nicht Erwartungen wecken, die sich später nicht verwirklichen lassen. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen. Viel Verständnis hätte ich für den zweiten Antrag von Herrn Baumann, mit dem er für die Bodenverbesserungen 80 Millionen statt 100 Millionen ausgeben möchte. Grundsätzlich wäre dieser Antrag wohl richtig, denn Bodenverbesserungen führen letztlich immer wieder zu Produktionssteigerungen. Darüber muss man sich im klaren sein. Ich weiss auch, dass es viele Ersatzinvestitionen gibt, die getätigt werden müssen. Hingegen habe ich gar kein Verständnis dafür, dass man diesen Betrag von 100 Millionen auf 130 Millionen aufstocken will. Ich bitte Sie: Halten Sie auch bei Ihren Anträgen Mass! Herr Hildbrand hat heute ausgeführt, der Bundesrat habe eine Verordnung über Tierschutz erlassen, ohne gleichzeitig die Finanzierung beschlossen zu haben. Der Bundesrat ist nicht verpflichtet, alles, was in der Landwirtschaft überhaupt noch gemacht werden soll, selber zu finanzieren. Wir hoffen doch, dass die Bauern etwas selbständig tun. Ich bitte Sie, der Kommission zu folgen und die anderen Anträge abzulehnen. Pos. 707.3600.203 Abstimmung - Vofe Für den Antrag Baumann 31 Stimmen Dagegen 95 Stimmen Pos. 707.4600.001 Präsident: Der Antrag Baumann ist zurückgezogen worden. Abstimmung - Vote Für den Antrag der Kommission offensichtliche Mehrheit Für den Antrag Hildbrand/Berger Minderheit 723 Bundesamt für Konjunkturfragen Antrag der Kommission 3600.001 Arbeitsbeschaffung, Förderung der angewandten Forschung Fr. 27890000 3600.002 Europäische technologische F + E-Zusammenarbeit Fr. 11500000 3600.003 CIM-Bildungszentrum Fr. 19000000 3600.004 CIM-Forschung Fr. 3000000 723 Office fédéral des questions conjoncturelles Proposition de la commission 3600.001 Possibilités de travail, encouragement de la recherche fr. 27 890 000 appliquée 3600.002 Coopération technologique en Europe en matière de recherche et de développement fr.

500 000 3600.003 Centre déformation en matière de fabrication assisté' par ordinateur (FAO) fr. 19 000 000 3600.004 Recherche en matière de fabrication assistée par ordinateur (FAO) fr. 3000000 Angenommen -Adopté 27-N Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement Département des transports, des communications et de l'énergie 802 Bundesamt für Verkehr Antrag der Kommission 3600.201 Tarifierleichterungen Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Minderheit (Hafner Rudolf, Carobbio, Kühne, Leemann, Leuenberger Ernst, Matthey, Züger) Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates 4000.001 Alpen transit, Projektierung Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Minderheit (Hafner Rudolf) Sperrung von 50 Prozent des Kredites bis zu einer eventuellen Volksabstimmung. 4600.105 Verkehrstrennung Fr. 40 000 000 802 Office fédéral des transports Proposition de la commission 3600.201 Réductions tarifaires Majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats Minorité (Hafner Rudolf, Carobbio, Kühne, Leemann, Leuenberger Ernst, Matthey, Züger) Adhérer au projet du Conseil fédéral 4000.001 Transit alpin, établissement de projets Majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats Minorité (Hafner Rudolf) Blocage de 50 pour cent du crédit jusqu'à une votation populaire éventuelle. 4600.105 Séparation des courants de trafic fr. 40 000 000 Pos. 802.3600.201 Hafner Rudolf, Sprecher der Minderheit: Die Kommissions- minderheit beantragt Ihnen, die bestens bewährten Tarifier- leichterungen beizubehalten. Dies würde die Aufrechterhal- tung des günstigen Halbtaxabonnements der SBB ermögli- chen. Das Halbtaxabonnement ist in der Bevölkerung ausser- ordentlich beliebt. Es ist eine der besten verkehrspolitischen Massnahmen, die man je ergriffen hat In den letzten Tagen wurde das Jubiläum der zweimillionsten Abgabe eines Halbtax- abonnements gefeiert Dieser Erfolg ist derart offensichtlich, dass sogar die «Neue Zürcher Zeitung» schreibt: «Die Tarif- massnahmen haben die Erwartungen, die in sie gestellt wur- den, voll erfüllt, und es ist die Feststellung erlaubt, dass die da- für aufgewendeten Bundesmillionen den wohl besten Wir- kungsgrad aller Förderungsmittel für den öffentlichen Verkehr erzielten.» Wenn sogar diese Wirtschaftszeitung schreibt, dass hier eine der besten Massnahmen getroffen worden sei, sollten wir das Rad nicht gerade in dieser Angelegenheit zurückdrehen. Si- cher kann man über das SBB-Budget streiten, und man kann sich fragen, ob dort alles notwendig ist oder nicht Aber bei den Tarifierleichterungen betrifft es das Halbtaxabonnement, und es wurde weitherum anerkannt, dass dies eine der besten Massnahmen ist, die je getroffen wurde. Diese Massnahme geht ja auf einen Beschluss des Parla- ments aus dem Jahr 1986 zurück; man hat damals klar be- schlossen, dass diese Massnahme bis mindestens 1992 durchgezogen werden solle. Damals war mit ein Grund, dass man sagte, man müsse zugunsten der Umwelt und des Um- steigeeffektes ein Zeichen setzen. Sie wissen alle, dass diese Argumente, die damals im Parlament überzeugt haben, nach wie vor Geltung haben.

Budget de la Confédération 1992 2274 N 5 décembre 1991 Ich bitte Sie deshalb im Namen der Kommissionsminderheit, aber auch der grünen Fraktion, den Antrag zu unterstützen. Züger: Diese Kürzung von 22 Millionen betrifft grösstenteils das Halbtaxabonnement. Sie wissen, und Herr Hafner sagte es Ihnen auch: 1986 hatte dieses Parlament einen seiner selte- nen guten Einfälle. Damals hat es dieses Halbtaxabonnement geschaffen. Damit entstand erstmals ein einheitliches Halbtax- abonnement Man hat es bis 1992 befristet, weil man wusste, dass gute Ideen einmal auslauten können. Anscheinend schien das ein guter Gedanke gewesen zu sein, denn niemand hätte wohl erwartet, dass dem gleichen Parla- mentschon 1991 der Schnauf wieder ausgehen könnte. Trotz- dem, alle wissen es, im Saal und auf der Strasse oder in der Bahn noch viel mehr: Das Halbtaxabonnement ist ein Hit! Es

hat eingeschlagen wie noch selten etwas in diesem Land. Es brachte die Leute zum Umsteigen und den SBB wirklich Mehr- frequenzen, die sich sehen lassen können. Was passiert, wenn diese Kürzung durchgeht? Verteuert sich dieses Halbtaxabonnements? Man hat gehört oder gelesen, der Preis steige auf 150 Franken. Das stimmt nicht. Es wurde schwarzgemalt Er steigt genau auf 125 Franken. Aber auch das ist nicht nötig. Wenn man etwas Gutes hat, darf es zwar etwas kosten. Mit dem Aufschlag auf 125 Franken ist die Erhöhung grösser als die normalen Billettaufschläge für nächstes Jahr. Normale Aufschläge bewegen sich in der Grössenordnung von 10 Prozent, und dieser Aufschlag von 110 auf 125 Franken beträgt 13,5 Prozent an einem Ort, wo es nicht nötig ist Gefährden wir wegen diesen paar Franken nicht den Goodwill in der Bevölkerung, den wir mit der seinerzeitigen Schaffung des Halbtaxabonnements gewonnen haben. Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag Hafner zu unterstützen. Das ist die einhellige und einstimmige Meinung der SP-Fraktion. Jaeger, Berichterstatter: Ich möchte anerkennen, dass Herr Züger bei allem sozialen Engagement noch sachlich geblieben ist und von Schwarzmalerei gesprochen hat Ich gestehe ebenfalls offen, dass ich das Herz auf Herrn Hafners Seite habe. Es tut mir persönlich auch weh, dass bei diesen Tarifierleichterungen derartige Kürzungen vorgenommen werden müssen. Es macht mir ganz grosse Mühe. Aber die Situation präsentiert sich wie folgt: Der Bundesrat hat mit dem Voranschlag der SBB für 1992 beschlossen, bei den Tarifmassnahmen 22 Millionen Franken zu streichen und damit die Bundesleistungen knapp unter 2 Milliarden Franken zu senken. Es handelt sich nicht um einen Antrag der Kommission, sondern um einen Antrag des Departements. Herr Bundesrat Ogi hat ihn vertreten. Ja, es ist noch mehr, nämlich ein Resultat der Unternehmenspolitik der SBB. Wenn Sie heute mehr beschliessen, ist noch lange nicht gesagt, dass die SBB ihre Politik in Ihrem Sinne, Herr Hafner und Herr Züger, ändern würden. Der Verwaltungsrat hat nämlich bereits beschlossen, dass die Tarifrevision beim Halbtaxabonnements auf den 1. Januar 1992 rechtskräftig werden muss. So ist der Zusammenhang: Zuerst hat das Unternehmen diese Erhöhung beschlossen; daraus hat sich eine Senkung der Position Tarifierleichterungen um die 22 Millionen Franken ergeben; das haben wir übernommen. Ich bitte Sie jetzt, bei diesen Kürzungen zu bleiben. Ich wiederhole nochmals: Es ist tatsächlich so, dass der Preis für das Halbtaxabonnements erhöht werden soll, aber nicht aufgrund eines Entscheides in diesem Rat, sondern ohnehin. Es geht nicht darum, dass das Halbtaxabonnements um 50 Prozent teurer werden soll. Das stimmt nicht. Die Erhöhung geht von 110 auf 125 Franken. Betrachten wir die Situation realistisch, dann müssen wir sagen: Zu 110 Franken war das Halbtaxabonnements ein grosses Geschenk; zu 125 Franken ist es immer noch ein Geschenk - allerdings ein etwas kleineres. Aus unternehmenspolitischen Gründen ist es gerechtfertigt, wenn wir jetzt den SBB diesen Handlungsspielraum gewähren. Ich bitte Sie, dem Ständerat, der Kommission, dem Bundesrat, dem Departement und den SBB zuzustimmen und den reduzierten Betrag von 43 Millionen gutzuheissen. M. Darbellay, rapporteur: L'arrêté fédéral de 1986 sur les réductions tarifaires prévoyait que le Conseil fédéral y participerait jusqu'au 31 décembre 1992. Dans le premier jet de budget 1992 sont consacrés à cet effet: 22 millions, réduction pour voyageurs, 17 millions pour trafic marchandises et 26 millions pour les entreprises de transports concessionnaires. Les 4 et 5 novembre, le Conseil fédéral a décidé de nous proposer une réduction de 22 millions, c'est-à-dire de supprimer la participation de la Confédération en ce qui concerne le trafic des personnes. Cela voudrait dire que pour 1992, la Confédération ne participerait plus à l'abonnement demi-tarif et celui-ci devrait atteindre le prix de 125 francs. Il a passé rapidement - il faut le reconnaître - de 100 francs à

125, mais 125 francs pour un abonnement demi-tarif sur l'ensemble du réseau suisse, me paraît tout à fait admissible et je vous invite, à suivre la nouvelle proposition du Conseil fédéral, reprise par les deux Commissions des finances et de réduire, par conséquent, ce poste, à 43 millions. Bundesrat Stich: Ich beantrage Ihnen, den Antrag von Herrn Hafner abzulehnen. Es ist unbestritten, dass das Halbtaxabonnement ein Erfolg war. Aber gerade wenn etwas erfolgreich ist, gibt es keinen Grund, es weiter durch Subventionen zu unterstützen. Dann soll es eben wieder selbsttragend werden. Wenn einem der öffentliche Verkehr wirklich nahe liegt, muss man dafür sorgen, dass er sich soweit wie möglich auch selber finanzieren kann. Je länger man solche Massnahmen aufschiebt, desto schwieriger werden sie durchzusetzen sein. Deshalb ist es notwendig, dass man das tut, was die Unternehmensleitung und der Verwaltungsrat der SBB als sachlich richtig anschauen. Der Bundesrat ist damit völlig einverstanden. Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit Hafner abzulehnen. Abstimmung - Vote Für den Antrag der Mehrheit Für den Antrag der Minderheit Pos. 802.4000.001 69 Stimmen 46 Stimmen Hafner Rudolf, Sprecher der Minderheit: Bei der Position geht es nicht unbedingt um eine zahlenmässige Veränderung, sondern eher um eine staatspolitische Frage. Es geht nämlich um die Frage, ob die Projektierung der Neat rasch vorangetrieben werden soll oder ob man im Hinblick auf eine eventuelle Volksabstimmung mit den weiteren Projektierungsarbeiten zuwarten will. Diese Budgetposition ist eine der wenigen Positionen, die im Vergleich zum Budget 1991 massiv erhöht wurden. Die Erhöhung beträgt 10 Millionen Franken oder 33 Prozent Dies entspricht eigentlich nicht der Sparpolitik des Bundesrates, wie er sie sonst an den Tag gelegt hat Wie Ihnen bekannt ist, wurde das Referendum gegen die Neat ergriffen. Weil Bundesrat Ogi das Versprechen abgegeben hat, dass eine allfällige Volksabstimmung über die Neat rasch stattfinden soll - man hat gehört, das sei im Mai oder September 1992 der Fall -, beantragen wir Ihnen, 50 Prozent des Kredits zu sperren. Wenn man nach der Volksabstimmung einsehen müsste, dass - nachdem die Projektierung vorangetrieben wurde - das Projekt überflüssig ist, redimensioniert werden muss oder ganz anders gebaut wird, wäre dies gerade in der heutigen Situation der Finanzknappheit - wirklich Geldverschwendung. Das parlamentarische Verfahren wurde erst voreinigen Monaten abgeschlossen. Es kann sich bei den Arbeiten im Jahre 1992 nicht mehr darum handeln, dass man das Projekt zuhänden des Parlamentes weiter studieren würde. Diese Ausgaben, die man im Jahre 1992 tätigt, sind in diesem Sinne ganz klar Vorbereitungsarbeiten, und man kann sagen: Das geschieht schon im Hinblick auf die Realisierung dieser Neat

5. Dezember 1991 N 2275 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1992 Wir sind durchaus bereit, einen Kompromiss zu machen oder entgegenzukommen, indem wir auf einen Kürzungsantrag verzichten haben. Wir sehen durchaus, dass es sinnvoll sein kann, mit den Projektierungsarbeiten weiterzufahren. Aber es wäre zumindest staatspolitisch bedenklich, wenn vor dieser eventuellen Volksabstimmung die Ausgaben erhöht und Präjudizien geschaffen würden. Herr Bundesrat Stich, wenn eine solche Sperrung vorgenommen würde, würden allfällige Einsparungen entstehen; sicher wäre es in staatspolitischer Hinsicht klug, wenn man diese Sperrung vornehmen und keine Präjudizien schaffen würde. Die grüne Fraktion ersucht Sie deshalb, dem Minderheitsantrag zuzustimmen. Züger: Herr Hafner wünscht, von diesen 40 Millionen Franken, die für die Neat eingesetzt sind, die Hälfte einzufrieren. Herr Hafner, Ihnen muss ich sagen: So spielt anscheinend das parlamentarische Leben: einmal spielt man miteinander, einmal gegeneinander. Diesmal spreche ich gegen Ihren Minderheitsantrag. Das Parlament hat der Neat grossmehrheitlich zugestimmt und damit deutliche Zeichen gesetzt, das nicht unbefriedigende

Transitabkommen mit der EG zu verwirklichen. Es scheint ein untauglicher Versuch, via Budgetdebatte fahrende Räder zurückdrehen zu wollen, besonders wenn wir in Betracht ziehen, dass wir die diesbezüglichen Verpflichtungskredite längst bewilligt haben. Aus diesen Gründen bitte ich Sie namens der SP-Fraktion, den Antrag der recht schwachen Minderheit Hafner abzulehnen. Jaeger, Berichterstatter: Die Minderheit Hafner stellt den Antrag, die Projektierungskredite für die Realisierung des Alpentransits um die Hälfte nicht zu kürzen, sondern zu sperren. Er möchte also 50 Prozent, nämlich 20 Millionen Franken, sperren. Er möchte das aus staatspolitischen, nicht aus finanzpolitischen Gründen tun. Herr Hafner, wenn ich etwas boshaft sein möchte, würde ich sagen: Sie machen das nicht aus staatspolitischen, sondern aus parteipolitischen Gründen, und dafür habe ich durchaus Verständnis. Es ist sicher Ihr gutes Recht, diesen Antrag zu stellen, und er liegt auf der Linie Ihres Referendums. Herr Züger hat bereits ausgeführt, dass hier ein ganz problematisches Vorgehen gewählt würde. Denn ich erinnere Sie daran, dass die Parlamentsbeschlüsse im Dezember 1989 ein ganz klares Resultat für die Verpflichtungskredite von 130 Millionen Franken gebracht haben, und das ist nun eine Tranche davon, nämlich 40 Millionen. Nun ist es doch so: Nachdem dieses Transitabkommen sicher nicht das allerbeste ist, aber unter den gegebenen Umständen und grossen Schwierigkeiten doch das Maximum ist, was ausgehandelt werden konnte - der zuständige Departementschef verdient für das, was er erreicht hat, sicher einen Kranz -, wäre es doch falsch, jetzt sozusagen hintendrein falsche Signale zu setzen. Und das wäre ein falsches Signal, wenn wir diesen Kredit jetzt sperren würden! Wir würden im Nachgang zu den Verhandlungen von Anfang dieser Woche die Neat nicht so ernst nehmen, wenn wir diesen Kredit zurückstellen würden. Die Leute auf der anderen Verhandlungsseite haben mit unserer Referendumsdemokratie ohnehin Mühe. Das ist ein Problem für sich; das gebe ich durchaus zu. Aber, Herr Hafner, Sie werden verstehen, dass wir in dieser Situation kein falsches Signal setzen dürfen, zumal noch kein Referendum zustande gekommen ist. Die Unterschriftensammlung ist erst im Gange. Deshalb sind wir der Auffassung, dass es absolut richtig und korrekt ist, wenn wir diesen Betrag von 40 Millionen im Budget stehenlassen und nichts davon sperren. Ich bitte Sie also, den Minderheitsantrag Hafner Rudolf abzulehnen und dem bundesrätlichen Antrag - auch mit Blick auf die internationale Signalwirkung - mit Ueberzeugung zuzustimmen. M. Darbellay, rapporteur: Un crédit d'engagement de 130 millions a été voté pour l'établissement de projets relatifs au transit alpin, dont les 40 millions proposés dans le budget. Nous avons ensuite accepté les nouvelles lignes ferroviaires alpines, à une très forte majorité. Aujourd'hui, le référendum est demandé, en fonction duquel M. Hafner Rudolf nous invite à bloquer le 50 pour cent de ce crédit. La Commission des finances est d'avis qu'il ne serait pas judicieux de le suivre. D'une part, au point de vue pratique, nous estimons qu'il faut aller rapidement en besogne. Cela signifie qu'après l'aboutissement éventuel du référendum et le vote éventuellement positif du peuple nous devrions commencer les travaux très rapidement. D'autre part, nous venons de mettre au point un traité international sur le transit alpin, traité négocié pied à pied. Il serait donc faux, aujourd'hui, de donner un signe indiquant que l'on n'est pas certain d'aller dans la bonne direction. C'est pourquoi nous devons suivre la politique que nous avons adoptée jusqu'à maintenant aux Chambres fédérales, poursuivre les études dans ce domaine et tenter de réaliser le plus rapidement possible ces nouvelles lignes. Par conséquent, nous vous demandons de refuser la proposition de la minorité Hafner Rudolf. Bundesrat Stich: Ich denke, dass Herr Hafner hier einem Irrtum erlegen ist. Grundsätzlich werden alle Kredite

gesperrt, für welche die Rechtsgrundlage fehlt Hier ist es aber nicht so, dass durch den Neat-Beschluss die Rechtsgrundlage für diesen Zahlungskredit geschaffen wird, sondern die Rechtsgrundlage bildet der Beschluss vom

#### **E. 14**

Dezember 1989. Wenn Sie die Botschaft, Seite 250, auf- schlagen, heisst es unter der Rubrik «Früher bewilligte, lau- fende Verpflichtungskredite»: Alpentransit, Projektierung (BB 14.12.1989); bewilligte Kredite 130 Millionen, verpflichtet bis Ende 1991 130 Millionen; voraussichtliche Zahlungen bis Ende 1991 68 Millionen, Zahlungen 1992 40 Millionen und spätere Zahlungen 22 Millionen. Das heisst also: Für diese 40 Millionen ist der Bund bereits ver- pflichtet. Diese können Sie nicht rückgängig machen, indem Sie heute etwas aus dem Budget herausstreichen. Der Bund hält seine Verpflichtungen! Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit Hafner Rudolf abzuleh- nen. Hafner Rudolf, Sprecher der Minderheit: Es ist schon klar, dass wir dort in der Minderheit waren. Aber es dürfte auch klar sein, dass diese Kredite vom Parlament bewilligt worden sind. Es ist so, dass der Projektierungsprozess bis zur Parlaments- reife aber schon gelaufen ist. Was jetzt noch an Arbeiten kommt, ist Zukunft. Das geht schon in Richtung Realisierung des Projektes. Es ist uns klar, dass die Stimmung nicht so ist, dass man jetzt die Neat noch hinterfragen würde. Wir beugen uns in diesem Sinne der Macht der Stimmung, und ich ziehe den Antrag zurück. Präsident: Herr Hafner hat den Antrag der Minderheit zurück- gezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité Pos. 802.4600.105 Angenommen - Adopté 804 Bundesamt für Wasserwirtschaft Antrag der Kommission 3600.001 Wasserkrafteinbussen Fr. 0 4600.001 Gewässerkorrektion Fr. 68100000 4600.012 Wässerkraft 2000 Fr. 0 Antrag Comby 4600.001 Gewässerkorrektion Zustimmung zum Beschluss des Ständerates 804 Office fédéral de l'économie des eaux Proposition de la commission 3600.001 Indemnités poumon-exploitation de la force hydraulique fr. 0 4600.001 Correction de cours d'eau fr. 68100000 4600.012 Energie hydraulique 2000 fr. 0

Budget de la Confédération 1992 2276 N 5 décembre 1991 Proposition Comby 4600.001 Correction de cours d'eau Adhérer à la décision du Conseil des Etats Pos. 804.3600.001 Angenommen -Adopté Pos. 804.4600.001 M. Comby: Ma proposition tend à maintenir le montant affecté par le Conseil fédéral et le Conseil des Etats à la rubrique sur la correction des eaux, et cela pour trois raisons: premièrement, plus de 80 pour cent des moyens prévus à cet effet le sont pour des cantons financièrement faibles. Deuxièmement, une diminution de ce montant toucherait en particulier les cantons de montagne qui ont souffert des intempéries en 1987 et en 1990, soit les cantons d'Uri, du Tessin, des Grisons, du Valais, de Berne et de Schwyz. Troisièmement, procéder à des éco- nomies dans ce domaine pénaliserait lourdement les commu- nes de montagne qui doivent effectuer des avances très im- portantes et supporter de lourdes charges d'intérêts intercalai- res. Toutefois, pour des raisons d'austérité budgétaire, je suis prêt à retirer ma proposition et à me rallier à celle de la commission du Conseil national, en attirant votre attention sur la nécessité de disposer, l'année prochaine, d'un crédit supplémentaire, afin d'apporter l'aide nécessaire à la commune de Randa qui a subi une terrible catastrophe naturelle. J'espère que la solida- rité confédérale jouera pleinement dans ce domaine et je vous remercie d'avance de l'aide qui sera apportée. Präsident: Herr Comby hat seinen Antrag zurückgezogen. Angenommen gemäss Antrag der Kommission Adopté selon la proposition de la commission Pos. 804.4600.012 Angenommen -Adopté 805 Bundesamt für Energiewirtschaft Antrag der

Kommission 4200.001 Prospektion: Darlehen an Swisspetrol Fr. 500 000 805 Office fédéral de l'énergie Proposition de la commission 4200.001 Prospection: prêts à Swisspetrol fr. 500 000 Angenommen -Adopté 806 Bundesamt für Strassenbau Antrag der Kommission 3600.001 Nationalstrassen, baulicher Unterhalt Fr. 210000000 3600.004 Allgemeine Strassenbeiträge und Finanzausgleich (ausserordentlicher Anteil) Mehrheit Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Minderheit (Frey Claude, Bonny, Cotti, Darbellay, Houmard, Leuba, Matthey, Stucky) Zustimmung zum Beschluss des Ständerates 4600.001 Nationalstrassen, Bau Mehrheit Fr. 1 279 000 000 Minderheit I (Frey Claude, Cotti, Darbellay, Houmard, Leuba) Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Minderheit II (Leemann, Hafner Rudolf, Leuenberger Ernst) Fr. 1 095 000 000 4600.002 Nationalstrassen, Erneuerung Fr. 45 000 000 4600.003 Hauptstrassen Mehrheit Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Minderheit (Frey Claude, Cotti, Darbellay, Houmard, Leuba, Matthey) Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates 4600.008 Ortsbilderschutz (Umfahrungsstrassen) Fr. 4 800 000 Antrag Hildbrand 3600.004 Allgemeine Strassenbeiträge und Finanzausgleich (ausserordentlicher Anteil) Zustimmung zum Beschluss des Ständerates Antrag Meier Hans 4600.001 Nationalstrassen, Bau Fr. 800000000 4600.003 Hauptstrassen Fr. 200000000 Antrag Aubry 4600.001 Nationalstrassen, Bau Fr. 1 500000000 Antrag der LdU/EVP-Fraktion 4600.001 Nationalstrassen, Bau Fr. 1000000000 Antrag Cavadini Adriano 4600.001 Nationalstrassen, Bau Fr. 1 450 000 000 806 Office fédéral des routes Proposition de la commission 3600.001 Routes nationales, gros entretien fr. 210000000 3600.004 Subventions routières générales et péréquation financière (part extraordinaire) Majorité Adhérer au projet du Conseil fédéral Minorité (Frey Claude, Bonny, Cotti, Darbellay, Houmard, Leuba, Matthey, Stucky) Adhérer à la décision du Conseil des Etats 4600.001 Routes nationales, construction Majorité fr. 1 279 000 000 Minorité I (Frey Claude, Cotti, Darbellay, Houmard, Leuba) Adhérer au projet du Conseil fédéral Minorité II fr. 1 095 000 000 4600.002 Routes nationales, renouvellement fr. 45 000 000 4600.003 Routes principales Majorité Adhérer à la décision du Conseil des Etats Minorité (Frey Claude, Cotti, Darbellay, Houmard, Leuba, Matthey) Adhérer au projet du Conseil fédéral 4600.008 Protection des sites construits (routes d'évitement) fr. 4 800 000 Proposition Hildbrand 3600.004 Subventions routières générales et péréquation financière (part extraordinaire) Adhérer à la décision du Conseil des Etats Proposition Meier Hans 4600.001 Routes nationales, construction fr. 800000000 4600.003 Routes principales fr. 200 000 000 Proposition Aubry 4600.001 Routes nationales, construction fr. 1500000000

5. Dezember 1991 N 2277 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1992 Proposition du groupe Adi/PER 4600.001 Routes nationales, construction fr. 1000000000 Proposition Cavadini Adriano 4600.001 Routes nationales, construction fr. 1450000000 Pos. 806.3600.001 Angenommen -Adopté Pos. 806.3600.004 Präsident: Der Antrag Hildbrand wurde zugunsten des Antrages der Minderheit zurückgezogen. M. Frey Claude, porte-parole de la minorité: D'une manière générale, en ce qui concerne les routes, nous voulons rappeler que, dans les difficultés financières, il s'agit de fixer quelques priorités, peu nombreuses, et de s'y tenir. Les radicaux ont relevé dans le débat d'entrée en matière qu'il faut veiller à une meilleure compétitivité de l'économie, mais aussi à celle des régions, ce qui suppose une politique régionale équilibrée. Dans le domaine des routes, on va à rencontre de cette priorité. Quant au poste qui nous occupe ici, les 140 millions de péréquation financière, il faut rappeler que des engagements ont été pris par votre prédécesseur, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'égard des cantons. M. Stucky, présent lors de ces engagements, aura l'occasion

d'y revenir dans quelques minutes. Mais, forts des engagements pris, les cantons ont terminé leurs budgets, y ont prévu ces recettes, et les budgets ont été acceptés. Si nous biffons ces rubriques, aujourd'hui, nous mettons en difficulté des cantons, parmi eux les plus défavorisés, ceux de montagne. Je vous demande par conséquent de ne pas faire ces fausses économies que sont les transferts sur d'autres collectivités de charges que la Confédération s'est engagée à supporter. C'est pour cette raison que je vous prie d'approuver ma proposition de minorité.

Meier Hans: Wir haben zu diesem Thema Briefe erhalten. Der erste Brief stammt von der Regierungskonferenz der Gebirgskantone. Man hat ja für die finanzielle Lage der Gebirgskantone durchaus Verständnis. Aber wir Grünen wollen nicht, dass man diesen Gebirgskantonen Geld schickt, damit sie ihre schöne Landschaft mit Strassen verschandeln können. Die Gebirgskantone fügen sich bei diesem Tun selber grossen Schaden zu. Es sind ja vorwiegend Touristkantone. Die Betonwüsten, die dort entstehen, mögen heute noch Touristen anziehen. Bald aber werden die Touristen diese Betonwüsten meiden. Die Gebirgskantone schreiben, das bringe ja keine echte Einsparung, sondern es bedeute lediglich eine Verschiebung der Ausgaben vom Bund auf die Kantone. Das mag stimmen. Aber es sei auch den Gebirgskantonen gesagt: Mit eigenem Geld geht man haushälterischer um. Tränen bekomme ich, wenn ich den Brief des Regierungsrates des Kantons Zürich lese. Der reiche Kanton Zürich, der seinen Strassenfonds schon längst geplündert hat, weil er ständig zur Perfektion ausufernde Strassen baut, bittet in diesem Brief um Bundessubventionen. Der Kanton Zürich soll seine perfekten Strassen, die die jungen Leute zur Raserei verführen und Unfälle verursachen, selber bezahlen. Wir Grünen sind deshalb der Meinung, man solle diese 140 Millionen Franken streichen. Stimmen Sie gemäss Bundesrat und Kommissionsmehrheit.

Hildbrand: Den Antrag des Bundesrates, die Benzinzollanteile der Kantone im Bundesbudget zu streichen, dürfen wir nicht hinnehmen. Die Kantone verteidigen meines Erachtens zu Recht ihre Anteile. Die Tatsache, dass der Bund diese Zölle, die von den Automobilisten bezahlt werden, einkassiert, bedeutet nicht, dass er über diese Gelder nach eigenem Gutdünken verfügen kann. Die Kantone sind genauso auf dieses Geld angewiesen wie der Bund. Während der Bund seine gesamten Strassenausgaben durch die zweckgebundenen Benzinzölle finanzieren kann, müssen die Kantone und vor allem die Gemeinden den grössten Teil ihrer Strassenausgaben aus allgemeinen Steuergeldern finanzieren. Das trifft auch für den öffentlichen Verkehr zu, vor allem für die Städte. Gemäss Treibstoffzollgesetz aus dem Jahre 1985 müssen mindestens 12 Prozent der zweckgebundenen Benzinzollgelder an die Kantone weitergegeben werden. Seit Inkrafttreten des Treibstoffzollgesetzes, d. h. seit dem 1. Januar 1985, hat der Bund den Kantonen Beiträge ausbezahlt, die etwa 18 bis 20 Prozent der zweckgebundenen Benzinzollgelder entsprechen. Damit konnten die Kantone zwischen 3 Prozent (Genève) und 22 Prozent (Obwalden) der Strassenausgaben von Kanton und Gemeinden finanzieren. In meinem Kanton waren es in den letzten Jahren etwa 14 Prozent der Strassenausgaben. Mit der Streichung des ausserordentlichen Kantonsanteils an den Benzinzollgeldern werden den Kantonen diese Gelder fehlen. Das angekündigte Finanzierungsdefizit der Kantone von 3,7 Milliarden Franken wird um 140 Millionen Franken vergrössert, denn alle Kantonsregierungen haben diese Beiträge wie bisher budgetiert. Das Defizit der kantonalen Voranschläge 1992 ist rund doppelt so hoch wie dasjenige des Bundes. Ist es da richtig, die Bundesfinanzen um 140 Millionen Franken zu entlasten und auf der anderen Seite die notleidenden Kantonsfinanzen um eben diesen Betrag zu belasten? Was der Bundesrat uns hier vorschlägt, ist ein grober Verstoss gegen Treu und Glauben, gegen die bundesstaatliche Zusammenarbeit. Darauf hat der Zürcher

Finanzdirektor, Dr. Eric Honegger, an seiner Budget- Pressekonferenz hingewiesen. Die Streichung des ausserordentlichen Anteils der Benzinzollgelder an die Kantone ohne vorherige Ankündigung ist aber nicht nur ein grobes Foul der föderalistischen Zusammenarbeit, sondern bedeutet zudem einen schweren Schlag gegen den bundesstaatlichen Finanzausgleich. Das hat zur Folge, dass diese Anteile hauptsächlich den finanzschwächeren Gebirgskantönen mit hohen Verkehrslasten zugute kommen. In einigen Gebirgskantönen machen die Benzinzollanteile bis zu 15 Prozent der kantonseigenen Steuereinnahmen aus. Im Kanton Uri sind es gemäss Rechnung 1990 14 Steuerprozent, im Kanton Wallis 10 Steuerprozent, in den Kantonen Graubünden und Jura 9 Steuerprozent. Dagegen macht es im Durchschnitt der Kantone nur 2,1 Prozent der kantonseigenen Steuereinnahmen aus. Sie sehen also: Können die finanzstarken Kantone diese Einnahmeneinbussen noch einigermaßen verkraften, so schafft diese Streichung bei den finanzschwachen Gebirgskantönen sehr grosse Probleme. Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommissionsminderheit zuzustimmen und den ausserordentlichen Kantonsanteil an den Benzinzollgeldern wieder ins Budget aufzunehmen. Herr Bundesrat, so dürfen wir mit den Kantonen nicht umspringen! Auch Sie haben kein Interesse an einer Schwächung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Wir dürfen die Finanzschwierigkeiten der Kantone nicht noch verschärfen. Wir dürfen aber dem bundesstaatlichen Finanzausgleich auch nicht einen schweren Schlag versetzen. Kühne: Ohne Zweifel trifft diese Kürzung die Rand- und Bergregionen. Das haben Sie gehört, und das anerkennen alle Mitglieder der CVP-Fraktion. Es gibt aber bei uns eine Minderheit, die besonders die schwierige Finanzlage des Bundes in diese Erwägungen miteinbezieht und die mit der Mehrheit der Kommission stimmt. Wenn Sie der Kommissionsmehrheit zustimmen, schaffen wir eine Differenz zum Ständerat; dies ebnet sogar den Weg zu einem allfälligen Kompromiss. Ich bitte Sie deshalb, der Kommissionsmehrheit zu folgen. Stucky: Ich will Ihnen kurz skizzieren, wie es zu diesen 140 Millionen Franken gekommen ist. Als der Bund die Schwerverkehrssteuer und die Vignette einführte, war vorgesehen, dass die Kantone die Hälfte der Erträge erhalten, weil ja die Kantone die Strassenlasten tragen. Nach der Abstimmung hat der Bund erklärt, dass er diese Einnahmen, die nicht

Budget de la Confédération 1992 2278 N 5 décembre 1991 zweckgebunden seien - ursprünglich waren sie zweckgebunden vorgesehen -, in die Bundeskasse fliessen lassen werde. Darauf kam es zu einem sehr starken Protest der Kantone. Eine Delegation des Bundesrates, bestehend aus den Herren Hürlimann, Ritschard und Schlumpf, hat sich im Namen des Bundesrates mit den Vertretern der kantonalen Finanz- und Baudirektorenkonferenzen getroffen. Ich war bei dieser Besprechung, die 1984 im «Bellevue» stattfand, anwesend. Dort hat man vereinbart, dass die Kantone diesen ausserordentlichen Beitrag erhalten. Das ist eine Vereinbarung, die später auch schriftlich bestätigt wurde. Der Bundesrat hat die Beitragszahlung an zwei Bedingungen geknüpft, nämlich dass der Betrag dem Finanzausgleich unterliegt und dass er sich nach den Strassenlasten richtet. Die Kantone haben dazu einen Schlüssel erarbeitet, der vom Bundesrat akzeptiert worden ist. Zusammengefasst kann man also sagen: Es geht um eine feste Vereinbarung, die nicht einfach aus dem blossen Willen des Bundesrates heraus geändert werden kann. Auch in unserem Land gilt: pacte sunt servanda! M. Comby: Au nom du groupe radical, nous combattons la suppression de ces 140 millions pour les trois raisons suivantes. Tout d'abord, cette mesure est contraire à la bonne foi qui doit présider aux relations entre la Confédération et les cantons. Or, la plupart des gouvernements cantonaux avaient déjà élaboré leur budget et l'avaient soumis à leurs parlements respectifs avant

que la Confédération ne fasse cette contre-proposition. Cette manière de faire est tout à fait inacceptable, comme l'a fort justement relevé le chef du département des finances du canton de Zurich, M. Honegger. Ensuite, il ne s'agit pas véritablement d'une économie, mais plutôt d'un transfert de la charge financière de la Confédération sur le dos des cantons. Enfin, cette suppression frappe en particulier les cantons qui se trouvent dans une situation financière difficile. Elle porte une grave atteinte à la péréquation financière fédérale et elle touche tous les cantons, mais plus particulièrement les cantons de montagne, financièrement faibles, où la part cantonale provenant des droits d'entrée sur les carburants représente jusqu'à 15 pour cent de leurs recettes fiscales. A l'instar de la Conférence gouvernementale des cantons alpins, qui réunit les cantons d'Uri, des Grisons, du Tessin, du Valais, d'Obwald, de Schwyz et de Glaris, et à l'exemple du Conseil des Etats, je souhaite vivement que vous refusiez cette suppression et que vous acceptiez de réinscrire au budget 1992 le montant de 140 millions de francs.

Bezzola: Auch ich spreche ganz kurz im Namen der FDP-Fraktion, und ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen. Strassenbau ist bekanntlich Regionalpolitik. Sie haben sicher Verständnis dafür, wenn ich als Vertreter eines Berg- und Randkantons einige regionalpolitische Überlegungen anstelle. Herr Kollega Meier Hans, wenn Sie Zeit haben, würde ich Sie gerne einladen, mit mir ins Unterengadin zu fahren, damit Sie erleben können, wieviel Gemeinden und Dörfer noch nicht umfahren sind und wie unsicher die Fahrt durch das Prättigau über die Flüelains Unterengadin ist. Also von Betonierung und von Sicherheit ist noch keine Rede! Die Streichung dieser 140 Millionen Franken ist keine echte Sparmassnahme, da es sich lediglich um eine Verschiebung vom Bund zu den Kantonen handelt. Die Summe der Finanzdefizite der Kantone beträgt bekanntlich für das Jahr 1992 3,7 Milliarden; das ist doppelt so viel wie das Bundesdefizit für das Jahr 1992. Diese Abstriche würden beispielsweise für den Kanton Graubünden bedeuten, dass sich die Strassenschuld um 50 Prozent erhöhen würde. Die allgemeinen Mittel des Bundes werden vor allem für die Verbindungsstrassen und für den Erhalt der Substanz des bestehenden Strassennetzes eingesetzt. Es geht hier also um die Erschliessung der abgelegensten Täler und Dörfer. Der öffentliche Verkehr wird auch in Berg- und Randregionen gefördert, und öffentlicher Verkehr heisst: Schiene und Strasse. Zum Beispiel beträgt das PTT-Strassennetz im Kanton Graubünden 1400km, davon ein grosser Teil Verbindungsstrassen. Derartige Kürzungen von Bundesbeiträgen sind für Bergkantone nicht zu verkraften. Ich frage mich, ob auch in diesem Fall wirklich nur finanzpolitische Überlegungen ausschlaggebend sind. Ist heute nicht auch eine sinnvolle Beschäftigungspolitik gefragt? Heute also finanzpolitische Streichkonzerte, morgen beschäftigungspolitische Impulsprogramme, dringliche Bundesbeschlüsse zur Ankurbelung der Konjunktur, zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Randregionen. Ich bitte Sie deshalb, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Präsident: Die liberale Fraktion und die Fraktion der Auto-Partei lassen mitteilen, dass sie den Minderheitsantrag Frey Claude unterstützen.

M. Duvoisin: Je m'exprime en mon nom personnel. Il existe, je le répète, entre le gouvernement fédéral et les gouvernements cantonaux, des relations de partenaires. Casser ces relations par une décision unilatérale ne correspond pas aux moeurs de notre pays et les cantons le regrettent. En revanche, je salue personnellement l'intention de notre gouvernement de mettre en place un groupe de travail cantons-Confédération non pas pour réexaminer la répartition des tâches entre cantons et Confédération mais pour voir dans quels secteurs de l'activité conjointe des cantons et de la Confédération on peut éviter des dépenses inutiles, superfétatoires et trop importantes. Ce crédit de 140 millions permet aux cantons d'alimenter leurs

caisses en trésorerie, c'est une subvention qui n'est pas affectée, il faut le préciser. Il faut souligner aussi que les trois quarts des budgets des cantons représentent non pas des routes mais l'école, la santé, ou le social. Il s'agit donc d'un soutien aux cantons dans leur effort en ce domaine. Enfin, on a parlé du bétonnage des cantons de montagne. Cet excès me choque. Les cantons de montagne ont également des frais importants de transports publics. Là également, la part des cantons à cette taxe permet d'alimenter le compte des transports publics. Pour le canton de Vaud, cette participation ne compense que l'augmentation des coûts des transports publics pour 1992. Je vous invite par conséquent à réintroduire ce montant de 140 millions de péréquation que le Conseil fédéral entend supprimer. Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen Le débat sur cet objet est interrompu Schluss der Sitzung um 13.05 Uhr La séance est levée à 13 h 05

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Voranschlag der Eidgenossenschaft 1992 Budget de la Confédération 1992 In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1991 Année Anno Band V Volume Volume Session Wintersession Session Session d'hiver Sessione Sessione invernale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 08 Séance Seduta Geschäftsnummer 91.050 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 05.12.1991 - 08:00 Date Data Seite 2253-2278 Page Pagina Ref. No 20 020 680 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.